

16. Landesparteitag der Partei Die Linke Hessen am 28. und 29. September 2024 in Baunatal

Anträge zur Konstituierung und Organisation des Landesparteitages

Inhaltsverzeichnis

Geschäftsordnung	2
Arbeitsgremien	5
Tagesordnung und Zeitplan	6
Weitere Anträge	7

Antrag K 01

Antragsteller*innen: DIE LINKE. Hessen, Landesvorstand

Antragsthema: Geschäftsordnung

Antrag:

Der 16. Landesparteitag möge die nachfolgende Geschäftsordnung beschließen:

Geschäftsordnung des Landesparteitages

I. Leitung, Arbeitsgremien, Aufgaben und Befugnisse

(1) Der Landesvorstand eröffnet den Landesparteitag und schlägt den Delegierten ein

- Präsidium
- eine Mandatsprüfungs – und Wahlkommission und
- eine Antragsberatungskommission vor.

Das Präsidium und die Arbeitsgremien sind mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen.

Der Landesparteitag wählt alle Arbeitsgremien im Block und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird, in offener Abstimmung:

(2.) Das Präsidium leitet die Versammlung; es bestimmt aus seinen Reihen jeweils die Personen, die den Vorsitz übernehmen. Ein Mitglied des Präsidiums führt das Tagungsprotokoll. Das Präsidium fertigt ein schriftliches Beschluss- und Wahlprotokoll des Parteitages an. Die Beschlüsse des Parteitages sind innerhalb von vier Wochen zu veröffentlichen.

(3) Findet eine Tagung des Landesparteitages an verschiedenen Orten statt (dezentraler Landesparteitag), muss an jedem Ort mindestens ein Mitglied des Tagungspräsidiums anwesend sein und den Teil des Landesparteitages an diesem Ort (Teil-Parteitag) leiten. Anträge und Erklärungen sind an die Tagungsleitung des Teil-Parteitags zu richten.

(4) Das Präsidium übt im Einvernehmen mit dem Landesvorstand das Hausrecht im Versammlungsraum und den dazu gehörenden Nebenräumen aus.

(5) Die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission prüft die satzungsgemäße Wahl der Delegierten und erstattet dem Parteitag Bericht über das Prüfungsergebnis. Sie leitet die Wahlhandlungen und stellt die Wahlergebnisse fest.

(6) Die Antragsberatungskommission bereitet die Behandlung der Anträge durch die Delegierten und organisiert die Beratungsabfolge. Sie kann dazu Empfehlungen zum Abstimmungsverfahren geben.

II. Beschlussfassung allgemein

(5) Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend ist.

(6) Findet eine Tagung des Landesparteitages als online-Parteitag statt, ist der Landesparteitag beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten sich in die Parteitags-Konferenzsoftware eingeloggt und ihre Anwesenheit bestätigt haben.

(7) Stimm- und Rederecht haben die gewählten und angemeldeten Delegierten. Teilnehmer*innen mit beratender Stimme haben Rederecht.

(8) Findet eine Tagung des Landesparteitages als online-Parteitag statt, wird das Stimm- und Rede-recht ausschließlich über die Parteitags-Konferenzsoftware ausgeübt. Anträge sind schriftlich per Email an die Adresse der Antragskommission (→antragskommission@die-linke-hessen.de) zu richten. Gästen des Parteitages kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden. Entsprechende An-träge sind an das Tagungspräsidium zu richten.

(9) Abstimmungen erfolgen bei Online-Parteitagen über die Konferenzsoftware, sonst durch Erheben der Stimmkarten.

Das Tagungspräsidium setzt zur Auszählung der Stimmen Zähler ein, die tätig werden, wenn kein eindeutiges Ergebnis von der Tagungsleitung festgestellt werden kann.

III. Regeln in der Debatte

(10) Das Präsidium ruft den jeweiligen Tagesordnungspunkt auf, erteilt das Wort, kann Redner*innen zur Sache rufen, muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen. Über die Redezeiten be-schließt der Parteitag am Beginn jedes Tagesordnungspunktes auf Vorschlag des Präsidiums

(11) Wortmeldungen zur Aussprache sind schriftlich beim Tagungspräsidium einzureichen. Dafür sollen die vorgegebenen Formulare verwendet werden. Bei Wortmeldungen sind Name und delegie-render Kreisverband bzw. Zusammenschluss anzugeben.

(12) Findet eine Tagung des Landesparteitages als dezentraler Landesparteitag statt, sind die Wort-meldungen beim auf dem Teil-Parteitag anwesenden Präsidiumsmitgliedern einzureichen. Findet eine Tagung des Landesparteitages als online-Landesparteitag statt, sind die Wortmeldungen über die Parteitags-Konferenzsoftware einzureichen.

(13) Die Fristen für die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme wer-den vom Tagungspräsidium bekannt gegeben.

Das Präsidium entscheidet unter der Prämisse der Geschlechterquotierung über die Reihenfolge der Redner*innen. Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Redner*innen ist nicht möglich.

(14) Zu Redebeiträgen in der Aussprache kann das Tagungspräsidium bis maximal drei Nachfragen von Delegierten und Teilnehmer*innen mit beratender Stimme zulassen.

Die Nachfragen an die Redner*innen sowie die Antworten sind kurz zu formulieren (max. je 1 Minu-te).

(15) Zu einer persönlichen Erklärung wird das Wort nach Schluss, Unterbrechung oder Vertagung der Aussprache erteilt. Mit einer persönlichen Erklärung zur Aussprache dürfen nur Äußerungen, die sich in der Aussprache oder in der Abstimmung auf die eigene Person bezogen haben, zurückgewiesen oder eigene Ausführungen richtiggestellt werden; sie darf nicht länger als eine Minute dauern.

IV. Antragsarten / Antragstellung

(16) Antragsteller*innen haben das Recht, Anträge vor dem Plenum zu begründen.

(17) Anträge zur Geschäftsordnung werden außerhalb der Liste der Redner*innen sofort behandelt, soweit nicht gerade eine Abstimmung läuft. Sie können nur von Delegierten des Parteitages ge-stellt werden. Der Antrag muss sich auf den zur Beratung stehenden Verhandlungsgegenstand oder auf die Tagesordnung beziehen.

Folgende Geschäftsordnungsanträge können gestellt werden:

- auf Nichtbefassung;
- auf Ende der Debatte;
- auf Schließung der Redeliste;
- auf Wiedereröffnung der Debatte;
- auf Änderung der Tagesordnung;
- auf eine Unterbrechung der Beratung;

- auf Begrenzung der Redezeit;
- auf Wiederholung der Abstimmung;
- auf nochmalige Verlesung der zur Abstimmung anstehenden Anträge;
- auf Feststellung der Beschlussfähigkeit;

Vor der Abstimmung erhalten je ein*e Delegierte*r zunächst gegen den Antrag und hiernach dafür das Wort.

(18) Der Antrag auf Beendigung der Debatte oder Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagesordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht zur Antragstellung haben nur Delegierte, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Redner*innen zu verlesen.

(19) Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach Bekanntwerden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines Bekanntwerdens zu stellen. Hierüber ist nach Gegen- und Fürrede sofort abzustimmen.

(20) Fristgemäß eingereichte Anträge, welche von Kreisverbänden, Ortsverbänden, landesweiten Zusammenschlüssen, Organen der Partei, Kommissionen des Parteitages oder mindestens von 25 Mitgliedern der Partei gestellt wurden, sind vom Parteitag zu behandeln oder an den Landesvorstand bzw. den Landesrat zu überweisen. Die Antragsberatungskommission empfiehlt dem Parteitag die Behandlung im Plenum oder die Überweisung. Fristgemäß eingereichte Anträge, die diese Kriterien nicht erfüllen, werden nur auf Vorschlag der Antragsberatungskommission vom Parteitag behandelt oder an den Landesvorstand überwiesen.

(21) Initiativanträge können in den Parteitag eingebracht werden, wenn mindestens 15 Delegierte einen solchen Antrag unterstützen. Unter Beachtung dieser Voraussetzung empfiehlt die Antragsberatungskommission dem Plenum die Behandlung oder die Nichtbefassung.

(22) Änderungsanträge betreffen die Änderung eingereicherter Anträge und sind schriftlich, spätestens 14 Tage vor Beginn des Parteitages, bei der Antragsberatungskommission einzureichen.

(23) Änderungsanträge, die gemäß § 17 Abs. 6 der Landessatzung, von Organen der Partei oder Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden oder für die zum Zeitpunkt der Antragstellung die Unterschrift von mindesten 12 Delegierten vorliegt, sind vom Parteitag zu behandeln.

(24) Die 12 Delegiertenunterschriften können bis zum Beginn des Parteitages bzw. bis zu dem Zeitpunkt während des Parteitages, der vom Parteitag festgelegt wird, nachgereicht werden.

(25) Die Antragsteller*innen können Änderungsanträgen ganz, teilweise oder sinngemäß übernehmen.

V. Beschlüsse Abstimmungen und Wahlen

(26) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, sofern die Landessatzung nicht ausdrücklich eine andere Mehrheit vorsieht.

(27) Eine einfache Mehrheit ist bei Sachabstimmungen und Wahlen gegeben, wenn die Zahl der gültigen Ja-Stimmen die Zahl der gültigen Nein-Stimmen überschreitet.

(28) Eine Absolute Mehrheit ist bei Wahlen gegeben, wenn die Zahl der gültigen Ja-Stimmen die zusammengefasste Zahl der gültigen Nein-Stimmen und der gültigen Enthaltungen überschreitet.

(29) Eine satzungsändernde Mehrheit ist gegeben, wenn mindestens zwei Drittel der abgegebenen gültigen Stimmen Ja-Stimmen sind und wenn mehr als die Hälfte der Abstimmungsberechtigten mi Ja stimmt. Zu den abgegebenen gültigen Stimmen zählen auch Enthaltungen, Abstimmungsberechtigt sind alle gewählten Delegierten mit beschließender Stimme unabhängig von ihrer Anwesenheit.

(30) Wahlen zu Parteiorganen sind geheim. Bei allen anderen Wahlen kann offen abgestimmt werden, sofern nicht auf Befragen Widerspruch dagegen erhoben wird,

(31) Für die Durchführung von Wahlen gelten die Bestimmungen der Wahlordnung der Partei

VI. Parteitag unter besonderen Infektionsschutzbedingungen

(32) Alle auf einer Tagung des Landesparteitages körperlich anwesenden Personen haben auf dem gesamten Veranstaltungsgelände eine medizinischen Mund-Nasen-Bedeckung (keine Faceshields) zu tragen, es sei denn, sie befinden sich an ihrem festen Arbeitsplatz (Plenarsaal, Arbeitsräume) oder beim Essen/Trinken.

(33) Alle auf einer Tagung des Landesparteitages körperlich anwesenden Teilnehmer*innen des Parteitags halten den Mindestabstand von 1,50 Metern sowie die Husten- und Nies-Etikette ein.

(34) Symptomatische Personen dürfen (auch bei milden Symptomen) den Ort eines Landesparteitages oder eines Teil-Parteitags nicht betreten oder müssen diesen verlassen.

(35) Alle auf einer Tagung des Landesparteitages körperlich anwesenden Teilnehmer*innen mit Ausnahme des Präsidiums und der Antragsberatungskommission haben während des gesamten Parteitags denselben Arbeits- und Sitzplatz (Plenarsaal, Arbeitsräume) zu nutzen.

(36) Alle auf einer Tagung des Landesparteitages körperlich anwesenden Teilnehmer*innen haben während des gesamten Parteitags die vorgegebenen Verkehrswege einzuhalten.

(37) Die Kapazitätsbegrenzung des jeweiligen Plenarsaals ist einzuhalten.

Antrag K 02

Antragsteller*innen: DIE LINKE. Hessen, Landesvorstand

Antragsthema: Personalvorschlag für die Arbeitsgremien

Antrag:

Der 16. Landesparteitag möge die nachfolgenden Arbeitsgremien beschließen:

Präsidium

Violetta Bock	Kreisverband Kassel-Stadt
Christiane Böhm	Kreisverband Groß-Gerau
Myriam Kaskel	Kreisverband Kassel
Elisabeth Kula	Kreisverband Wiesbaden
Stephanie Schury	Kreisverband Kassel-Stadt
Jonathan Schwarz	Kreisverband Wiesbaden
Martina van Holst	Kreisverband Frankfurt am Main
Marlene Wenzl	Kreisverband Odenwald
Michael Erhardt	Kreisverband Frankfurt
Axel Gerntke	Kreisverband Frankfurt
Jan Schalauske	Kreisverband Marburg-Biedenkopf
Dietmar Schnell	Kreisverband Vogelsberg
Jakob Migenda	Kreisverband Darmstadt

Wahlkommission (wird noch ergänzt)

Jörg Cezanne	Kreisverband Groß-Gerau
Uwe Maag	Kreisverband Frankfurt
Frank Habermann	Kreisverband Kassel-Stadt

Antragsberatungskommission

Matthias Riedl	Kreisverband Gießen
Jürgen Bachmann	Kreisverband Schwalm-Eder
Desiree Becker	Kreisverband Gießen
Doris Winter	Kreisverband Darmstadt

Antrag K 03**Antragsteller*innen:** DIE LINKE. Hessen, Landesvorstand**Antragsthema:** Tagesordnung und Zeitplan des 16. ordentlichen Landesparteitages**Antrag:**

Der 16. Landesparteitag möge die nachfolgende Tagesordnung und Zeitplan beschließen:

**Tagesordnung und Zeitplan
Samstag, 28. September 2024**

10.00Uhr - 10.45 Uhr	TOP 1. Eröffnung und Konstituierung des 14. Parteitages Grußworte
10:45 Uhr – 11.45 Uhr	TOP 2: Genderplena
11.45 Uhr – 13.15 Uhr	TOP 3: Generaldebatte mit Grußwort unserer Parteivorsitzenden Janine Wissler, anschließend Aussprache
13.15 Uhr – 14.00 Uhr	Mittagspause
14.00 Uhr - 16.30 Uhr	TOP 4: Einbringung Leitanträge, Aussprache und Beschlussfassung mit Bearbeitung Änderungsanträgen
16.30 Uhr – 17.00 Uhr	Pause
17.00 Uhr bis 18.30 Uhr	TOP 5: Rechenschaft mit Bericht Landesvorstand, Landesfinanzrevisionskommission und Entlastung Landesvorstand
18.30 Uhr bis 19.00	Weitere Grußworte
19.00 Uhr – 21.00	TOP 6: Wahlen (Landesvorstand)

21.00 Uhr	Ende des ersten Beratungstages

Sonntag, 29. September 2024

10.00 Uhr – 12.00 Uhr	Fortsetzung TOP 6: Wahlen (Landesvorstand)
12.00 Uhr – 12.30 Uhr	Mittagspause
12.30 Uhr- 15 Uhr	Fortsetzung TOP 6: Wahlen (Landesschiedskommission und Landesfinanzrevisionskommission)
15.00 Uhr – 15.30 Uhr	TOP 7: Beratung und Entscheidung über weitere Anträge
15.30 Uhr	Schlusswort und Verabschiedung

Antrag K 04

Antragsteller*innen: DIE LINKE. Hessen, Landesvorstand

Antragsthema: Awareness-Team auf dem Landesparteitag

Antrag:

Der 16. Landesparteitag möge beschließen:

Awareness-Team auf dem Landesparteitag

Diskriminierendes oder grenzüberschreitendes Verhalten ist mit den Prinzipien der Partei DIE LINKE nicht vereinbar. Um dem entgegenzutreten, wird auf dem Parteitag ein Awareness-Team eingesetzt. Während des gesamten Parteitages ist das Awareness-Team telefonisch und per E-Mail erreichbar und an einem Awareness-Point im Veranstaltungssaal ansprechbar.

Kontakt: N.N

Das Awareness-Team ist für alle von Diskriminierung Betroffenen ansprechbar. Auf dem Parteitag steht Betroffenen und dem Awareness-Team ein geschützter Raum zur Verfügung.

Aufgaben des Awareness-Teams:

Das Awareness-Team hat die Aufgabe, Betroffenen von Diskriminierung und persönlichen Grenzüberschreitungen auf dem Bundesparteitag beizustehen und im Interesse dieser Betroffenen zu handeln.

Das Awareness-Team wird aktiv, wenn grenzüberschreitendes oder diskriminierendes Verhalten

- beobachtet wird oder Betroffene sich an das Awareness-Team wenden
- von anderen darauf hingewiesen wird
- von Personen in Bezug darauf um Hilfe gebeten wird.

Das Awareness-Team steht allen Teilnehmenden des Parteitages zur Verfügung.

Grenzüberschreitendes Verhalten ist eine Sache subjektiver Wahrnehmung Betroffener oder von Beobachter*innen.

Die Definition darüber, ob grenzüberschreitendes oder diskriminierendes Verhalten vorgefallen ist, liegt ausschließlich bei der betroffenen Person. Jede von Sexismus/ sexualisierter Gewalt oder Diskri-

minierung betroffene Person bestimmt aufgrund der persönlichen Geschichte, Gegenwart und Erfahrung für sich selbst, was sie als grenzüberschreitend wahrnimmt.

Nach diesem Grundsatz nimmt das Awareness-Team des Parteitages die Perspektive von Betroffenen ein und schützt sie; es klärt nicht auf und es schlichtet nicht. Sondern es stellt einen Rückzugsraum und Gesprächspartner*innen zur Verfügung und bespricht Handlungsmöglichkeiten.

Begründung:

Der Begriff "Awareness" kommt aus dem Englischen „to be aware“ und bedeutet (im weiteren Sinne) „sich bewusst sein, sich informieren, für bestimmte Problematiken sensibilisiert sein“. Gemeint ist ein achtsamer und respektvoller Umgang miteinander.

Auch innerhalb der Partei gibt es Ungleichheiten, die sich in Geschlecht, Wissen, Herkunft, Lebensweise oder Kultur zeigen. Dabei können Menschen aufgrund bestimmter Merkmale bevorteilt (Privilegierung) und benachteiligt (Diskriminierung) werden – ob bewusst oder unbewusst ist dabei unerheblich.

Awareness ist ein Konzept, das sich gegen jede Form von Diskriminierung, Gewalt und Grenzverletzungen stellt, gegen verletzendes und grenzüberschreitendes Verhalten, wie z.B. sexistische, rassistische, homo-, transphobe oder vergleichbare Übergriffe.

Anträge

A1	Trotz alledem: Zukunft nur mit links!	3
A2	Mehr linke Politik für unsere hessischen Kommunen: Solidarisch leben in starken Städten und Gemeinden	7
A3	Her mit Ersatzdokumenten für ukrainische Wehrdienstverweigerer!	12
A4	Menschenleben und Menschenrechte schützen: Wir stehen kompromisslos für Frieden, Meinungsfreiheit und gegen Antisemitismus!	13
A5	Kein Gefängnis mehr für Fahren ohne Fahrschein	15
A6	Großflächenplakate und Social-Media (für den ländlichen Raum) Mehr Großflächig plakatieren als kleinteilig hängen!	16
A7	Änderung der Wahlordnung der Partei in § 4 Abs. 4	17
A8	Aktivengruppe als Landes- und/oder regionale Gruppe bilden	18
A9	Bezahlkarte in Hessen nicht einführen	19
A10	Mehr Bahn statt Autowahn - Pläne zum 10-spurigen Ausbau der A5 zwischen Frankfurt und Friedberg stoppen!	20
A11	Linke Kommunalpolitik: Wir wollen vor Ort stark sein!	21
A12	Keine „Freifahrt“ für Hochrüstung und Kriegstüchtigkeit	28
A13	Solidarität geht nur international: Entschieden gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus - für Frieden und Meinungsfreiheit!	29
A14	Unterstützung der Petition »Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!	31
S1	Schlichtungsstelle - Einfügung eines neuen § 39 in die Landessatzung	32
S2	Jugendpolitischer Sprecher / Jugendpolitische Sprecherin in §20 der Satzung einfügen	33

Antrag A1: Trotz alledem: Zukunft nur mit links!

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Weltweit, in weiten Teilen Europas und auch in Deutschland sind die Rechten auf dem
2 Vormarsch. Es gibt aber auch Länder mit einer stärkeren Linken wie in Nordeuropa und
3 Frankreich. Die letzten Jahre sind kennzeichnet durch die Überlagerung verschiedener
4 Krisen: Klimakrise, Corona-Krise, die Kriege in der Ukraine und in Nahost und den
5 damit einhergehenden Inflations- und Preisexplosionen insbesondere bei
6 Grundnahrungsmitteln und im Energiebereich. Die Klima- und Umweltkrise wird immer
7 spürbarer und immer mehr zu einem Verteilungskampf.
8 Wir als Die Linke setzen dem unsere Klassensolidarität entgegen. Der Gegensatz von
9 Kapital und Arbeit und die Fragen „wem nützt es“, „wem gehört es“ und „wer bestimmt
10 und entscheidet“ sind die Kernfragen von heute und morgen.
11 Es ist absurd: Eine höhere Besteuerung von Hochvermögenden wird als „Neiddebatte“
12 verunglimpft, anstatt die Grundlagen der ökonomischen Machtverhältnisse - nämlich den
13 Kapitalismus - anzugreifen. Als sozialistische Partei ist es unsere originäre
14 Aufgabe, Eigentumsverhältnisse in Frage zu stellen und uns gegen die Ausbeutung durch
15 das Kapital zu stellen. Für eine echte linke Oppositionspartei reicht es nicht aus,
16 sich mit oberflächlichen Reformen zufriedengeben. Wir stellen die Systemfrage. Wer
17 antikapitalistische Standpunkte nicht vertritt, sondern nur kleine Verbesserungen
18 innerhalb des Systems angehen möchte, erkennt nicht die Ursachen der Zustände, die
19 unsere Gesellschaft immer härter zeichnen.

20 Dieser Antrag setzt inhaltliche Schwerpunkte für unsere politische Arbeit der
21 nächsten Jahre.

22 **I. Grundlagen**

- 23 1. Wir sind die politische Kraft für den Demokratischen Sozialismus: Für eine
24 Gesellschaft, in der alle Formen der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen
25 durch den Menschen überwunden werden. In der sich die wesentlichen
26 Produktionsmittel, die Daseinsvorsorge sowie die Finanzwirtschaft in
27 öffentlicher und gemeinwirtschaftlicher Hand befinden und demokratisch
28 kontrolliert werden.
29 2. Klar ist damit auch, dass unsere Partei die Interessen der abhängig
30 Beschäftigten, der kleinen Selbstständigen, der Menschen ohne Einkommen und
31 ihrer Familien vertritt; unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Herkunft und
32 Weltanschauungen. Wir bekämpfen jede Form von Rassismus, Antisemitismus,
33 Diskriminierung von Menschen mit Behinderung, Sexismus und alle anderen Formen
34 der Unterdrückung, weil sie der Menschenwürde widersprechen, die Klasse spalten
35 und damit unsere Kampfkraft massiv schwächen.
36 3. Als antiimperialistische Kraft stehen wir für die Gleichheit und das Recht auf
37 Selbstbestimmung aller Völker. Wir stehen überall an der Seite der Menschen und
38 nicht von Konfliktparteien. Kein Land und keine militärische Organisation darf
39

40 einer anderen Bevölkerung oder Gruppe durch direkte und indirekte Gewalt ihren
41 Willen und ihre Interessen aufzwingen. Wir setzen auf zivile Konfliktlösungen
42 und stellen uns weltweit gegen Interessen der militärisch-industriellen
43 Komplexe. Wir stellen uns gegen den Irrglauben, das Modell der
44 durchkapitalisierten Gesellschaften könne Heil und Segen über die gesamte Welt
45 bringen. Echte Friedenspolitik braucht keine bewaffnete Jugend in Schützengräben
46 oder gar atomare Aufrüstung, sondern verhindert gewalttätige Konflikte lange
47 bevor sie ausbrechen. Wir vertreten einen antikolonialen Standpunkt.
48 Internationale Solidarität bleibt das Gebot der Stunde. Nicht Ländergrenzen
49 trennen Menschen, sondern gesellschaftliche Klassen. Die Linke tritt der
50 Behauptung entgegen, es sei in der Vergangenheit zu viel Entspannungspolitik
51 betrieben worden: Das Problem war nicht zu viel, sondern zu wenig
52 Entspannungspolitik.

53 4. In den letzten 50 Jahren hat die menschengemachte Erhitzung des Weltklimas
54 drastisch zugenommen und bedroht immer stärker die Lebensgrundlage aller
55 Menschen auf dem Planeten. Die Auswirkungen der Klimaveränderungen treffen vor
56 allem arme Menschen. Preissteigerungen von Gütern der Lebensgrundlage,
57 Zerstörung von landwirtschaftlich nutzbaren Flächen, Hunger und Hitzetod treiben
58 viele in die Flucht aus ihrer Heimat. Wir sind die einzige Partei, die die
59 grundlegende Ursache benennt, nämlich die hemmungslose kapitalistische
60 Ausbeutung von Mensch und Natur. Wir suchen nicht die Ursache im vermeintlich
61 individuellen Fehlverhalten des Einzelnen. Der Erhalt einer lebenswerten Umwelt
62 ist möglich mit einer konsequenten Ausrichtung auf Energiesparen und
63 Erneuerbare, mit einer Verkehrspolitik, die auf den öffentlichen Verkehr setzt,
64 und mit einer Agrarpolitik, die sich von der Massentierhaltung abwendet und
65 ökologisch ist.

66 5. Der Kapitalismus dominiert weltweit Produktions- und Wirtschaftskreisläufe und
67 treibt die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich voran. International
68 agierende Großkonzerne, die so finanzstark sind, dass Staaten ihnen gegenüber
69 als Bittsteller auftreten, tragen dazu bei, lokal erkämpfte demokratische
70 Strukturen auszuhöhlen. Sogar der regionalen Rechtsprechung können sich solche
71 Konzerne immer öfter entziehen oder schaffen gar ihre eigenen Rechtsnormen.
72 Kurzum: Die Klassengegensätze werden seit Jahrzehnten größer und sichtbarer. Mit
73 viel Geld wird Hass auf wehrlose Sündenböcke und das Glück in Nation und Rasse
74 propagiert. Als demokratische Sozialist*innen kämpfen wir gegen diese
75 Entwicklungen und setzen ihnen ein grundlegend anderes Sozialstaatsmodell
76 entgegen. Unser Anspruch bleibt: Wir wollen die Macht von Konzernen und
77 Privatbanken zusammen mit unseren weltweiten Schwesterorganisationen auf Dauer
78 brechen und Reichtum gerecht von Oben nach Unten verteilen. Die Zerschlagung von
79 Großkonzernen, die Überführung von Unternehmen der Daseinsvorsorge und Banken in
80 öffentliches, demokratisch kontrolliertes Eigentum, die Förderung von
81 genossenschaftlich organisierten Betrieben, eine gerechte Erbschaftsteuer,
82 Vermögens- und Übergewinnsteuer, Anhebung des Spitzensteuersatzes, eine
83 mindestens zur Lohnsteuer gleichwertige Kapitalertragsteuer, eine Entlastung von
84 mittleren und kleinen Einkommen, ein anderes Wirtschaftsmodell, das in den
85 sozialen und klimagerechten Umbau unserer Gesellschaft investiert und die
86

87 Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung sind unsere Vorschläge auf dem
88 Weg zum demokratischen Sozialismus.

89 6. Nicht zuletzt unterscheiden wir demokratische Sozialist*innen uns in unserem
90 Politikverständnis von anderen Parteien. Wir streben nicht nur nach veränderten
91 parlamentarischen Mehrheiten, sondern suchen den Schulterschluss mit sozialen,
92 ökologischen und kulturellen Organisationen, die unsere Ziele mindestens
93 ansatzweise teilen. Die Gewerkschaften spielen als Machtorganisationen der
94 abhängig Beschäftigten dabei eine herausgehobene Rolle. Denn wir wissen: Die
95 Gesellschaft zur Gerechtigkeit und zum Guten für die Mehrheit zu verändern, wird
nicht allein in und durch die Parlamente gelingen, sondern braucht den Einsatz,
die Überzeugungskraft und das Engagement von uns vielen.

96 **II. Politische Konsequenzen**

97 Um unser oben dargestelltes Profil wieder zu schärfen, wollen wir uns für die
98 kommende Amtsperiode auf wenige Themen konzentrieren. Andere Themen wie z.B. die
99 soziale Infrastruktur oder Mobilität behandeln wir natürlich in der politischen
100 Praxis weiterhin. Jedoch wollen wir uns im Rahmen von Kampagnen auf die folgenden
101 Themen fokussieren:

102 **1. Arbeit & Soziales**

103 Wir setzen uns ein für gute Arbeitsbedingungen und eine bessere Entlohnung der
104 Beschäftigten, sowie den sozial-ökologischen Umbau und die Demokratisierung der
105 Arbeitswelt. Wir engagieren uns politisch und unterstützen die Gewerkschaften in
106 ihren Tarifikämpfen. Als Partei stellen wir die Eigentumsfrage und stehen stets
107 parteiisch auf der Seite der Beschäftigten. Dort wo möglich unterstützen wir beratend
108 Menschen ohne Lohnarbeit in Konflikten mit Arbeitsämtern und Jobcentern. Mit den
109 Gewerkschaften zusammen machen wir uns stark für eine echte Friedenspolitik, die
110 bewaffnete Konflikte verhindert. Wir wollen die Konversion von umweltschädigenden
111 Industrien in nachhaltige Produktion fördern und die Umstellung der Industrie auf die
112 Nutzung nachhaltiger Energieträger schneller voranbringen. Nur so sichern wir einen
113 zukunftsträchtigen Arbeitsmarkt.

114 Ein Gewerkschaftsrat befindet sich in Gründung, die AG BuG im weiteren Aufbau. Eine
115 Unterstützung und Vernetzung von Genoss*innen, die Sozialsprechstunden anbieten, oder
116 anbieten wollen, werden wir weiter organisieren. Unsere Aktivitäten für eine
117 wohnortnahe, öffentliche und gute Gesundheitsversorgung für alle werden wir gerade in
118 ländlichen Gebieten fortsetzen.

119 **2. Wohnen & Leben**

120 In vielen Städten Hessens finden Menschen keine soziale oder bezahlbare Wohnung mehr,
121 während in ländlichen Räumen oft Leerstand herrscht. Wir brauchen wirksame rechtliche
122 Maßnahmen wie Mietendeckel und Zweckentfremdungsverbot, aber auch die Begrenzung von
123 Nebenkosten. In den ländlichen Räumen muss die soziale Infrastruktur erhalten und
124 ausgebaut werden. Unser Ziel ist die Vergesellschaftung von Wohnungsunternehmen.
125 Kommunen müssen in die Lage versetzt werden kommunale Wohnungsbaugesellschaften
126 finanziell zu stärken und wo es sie nicht gibt aufzubauen - Wohnungsverlust muss mit
127 aller Macht verhindert werden. Nicht nur hier ist die Schuldenbremse das größte
128 Hindernis und muss abgeschafft werden. Wir brauchen aber auch eine echte neue
129 Wohngemeinnützigkeit.

130 Boden darf kein Spekulationsobjekt sein. Ein Anfang ist es, keine Flächen mehr zu
131 privatisieren, sondern in öffentlichen Besitz zurückzuholen. Mieter*innen brauchen
132 demokratische Mitbestimmungsrechte. Wärmedämmung und die Umstellung von Heizungen auf
133 nachhaltige Energien müssen mietenneutral stattfinden. Wir wollen sozial gerechte
134 Förderprogramme, die dies ermöglichen.

135 **3. Für Klimagerechtigkeit und gegen Krieg**

136 Der Kampf gegen den Klimawandel und seine Folgen und die Zerstörung der Natur ist für
137 uns von zentraler Bedeutung und eng verbunden mit der sozialen Frage und der Frage
138 von Krieg und Frieden. Als Friedenspartei werden wir nicht aufhören, den häufigsten
139 Grund für erzwungene Migration zu benennen: Die Kriege der Mächtigen um Rohstoffe,
140 Marktzugänge und militärischer Einflussphären. Gerade weil sich die Krisen
141 zuspitzen: Der Kampf für einen ökologischen und sozialen Wandel der Gesellschaft und
142 der Wirtschaft wird die Zukunft zunehmend bestimmen und hat für uns oberste Priorität
143 ebenso wie der Kampf um eine friedliche Lösung von Konflikten auf dieser Welt.

144 **4. Willkommenskultur und unser Kampf gegen Rechts**

145 Nicht Migration gefährdet das Funktionieren unserer Demokratie, sondern die
146 umfängliche Privatisierung öffentlicher Güter, die Umverteilung von oben nach unten,
147 kurz der jahrzehntelange Raubzug von Großkonzernen gegen den Sozialstaat. Der
148 Neoliberalismus prägt damit zunehmend die Grundlagen unserer Gesellschaft. Die
149 Debatte um Migration lenkt dabei lediglich von dieser grundlegenden Problematik ab.

150 Wir kämpfen für die Verteidigung der Migrationsgesellschaft in der Bundesrepublik.

151 Als einzige Partei stellen wir uns Abschiebung entgegen und sprechen uns gegen
152 Verschärfungen in Aufenthalts- und Asylgesetz sowie gegen die Einführung von GEAS
153 aus. Wir verwehren uns einer Diskussion, die Migration als Gefahr für unsere
154 Gesellschaft darstellt und verteidigen das individuelle Recht auf Asyl.

155 Nationalistische wie rassistische Abschottung unseres Landes und Kontinents ist nicht
156 die Lösung.

157 Als Friedenspartei werden wir nicht aufhören, den häufigsten Grund für erzwungene
158 Migration zu benennen: Die Kriege der Mächtigen um Rohstoffe, Marktzugänge und
159 militärischer Einflussphären. Deshalb sind wir als einzige Partei auch konsequent
160 gegen Rüstungsexporte und Rüstungsproduktion. Aber auch der Klimawandel wird ein
161 immer zwingenderer Grund für Menschen, ihre Heimat zu verlassen und an anderen Orten
162 eine Lebensgrundlage zu suchen. Wir kämpfen gegen die Zerstörung der natürlichen
163 Lebensgrundlagen, die eng verbunden ist mit der sozialen Frage und denken beide
164 Themen immer zusammen.

165 **III. Klare Opposition zu kapitalistischen Logiken**

166 Keine Versammlung der Linken wird ohne offene politische Diskussion stattfinden. Wir
167 wollen Bildungsbausteine in die Arbeit der Kreis- und Ortsverbände sowie der
168 Landesarbeitsgemeinschaften und landesweiten Zusammenschlüsse integrieren. Wir bieten
169 darüber hinaus online oder regional Veranstaltungen zu aktuellen und grundlegenden
170 Themen an. Hierzu arbeiten wir mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Kommunelinks und der
171 Kommission politische Bildung zusammen. Die Qualifizierung von Mitgliedern für
172 Verantwortungsübernahme muss koordiniert und organisiert werden. Zusätzlich bauen wir
173 ein Mentoringprogramm auf.

174 Bei all unserem politischen Engagement bleiben wir unserer Tradition als

175 oppositionelle und antikapitalistische Partei treu. Es liegt an uns, als Partei Die
176 Linke in Hessen, eine klare und konsequente Haltung einzunehmen. Neben Bundestags-
177 und Kommunalwahlen setzen wir unsere Kraft dafür ein, 2028 wieder im Hessischen
178 Landtag vertreten zu sein. Viele vermissen unsere engagierte und konsequente
179 Opposition in Wiesbaden. Wir setzen uns aktiv ein für eine gerechte und solidarische
180 Gesellschaft und kämpfen gemeinsam gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Nur gemeinsam
181 und nicht gegeneinander wird uns der Kampf für eine bessere Welt gelingen!

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A2: Mehr linke Politik für unsere hessischen Kommunen: Solidarisch leben in starken Städten und Gemeinden

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Linke hat derzeit in Deutschland keine Konjunktur. Dennoch gibt es Spielräume,
2 die wir nutzen und erweitern können und werden - auf allen Ebenen. Wir können
3 außerparlamentarisch Verbündete finden und Druck machen auf Entscheider*innen im
4 Rathaus. Und wir können in den Gremien und Parlamenten vor Ort nahbar und konsequent
5 für bessere Verhältnisse eintreten und auftreten.

6 **Bedeutung von Kommunalpolitik in dieser Zeit**

7 Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für unser Leben und Wirtschaften werden auf
8 Bundesebene und in der EU verhandelt, umkämpft und beschlossen. Die Umsetzung aber
9 wird meist als lebendige Praxis vor der Haustür in den Kommunen erlebt. Ob und wie
10 sozial-ökologischer Umbau, oder auch nur Klimaschutz gelingen kann, entscheidet sich
11 vor allem vor Ort:

12 Gibt es öffentlichen Nahverkehr mit Mobilitätsgarantie, guten Arbeitsbedingungen und
13 für alle bezahlbar? Sind die Wege für Fuß und Fahrrad sicher und komfortabel für
14 alle? Oder werden Parkplätze subventioniert und Öffis vernachlässigt?

15 Bieten die Stadtwerke erneuerbare Energie- und Wärme zu sozial gerechten Preisen?
16 Wird das Potential auf allen Dächern genutzt und gibt es transparente Planung, gute
17 Beteiligungsprozesse und Kommunikation? Oder bleibt Energiewende den Wohlhabenden
18 vorbehalten?

19 Gibt es genügend Sozialwohnungen, kommunale Wohnungsgesellschaften, Wohnraumagenturen
20 und wird Obdachlosigkeit verhindert? Wird Grund und Boden für die Allgemeinheit
21 gesichert und Leerstand vermieden? Oder wird Wohnraumversorgung dem Markt und damit
22 dem Profitinteresse von Immobilieninvestoren überlassen?

23 Gibt es in den KiTas und Schulen gesundes und preiswertes Mittagessen, gibt es
24 Schulküchen und Gärten? Werden Lebensmittelversorgung aus der Region und öffentliche
25 Kantinen gefördert, damit gemeinsames Mittagessen für alle möglich wird? Oder werden
26 Arme zu den überlasteten Tafeln geschickt?

27 Gibt es wohnortnah genügend Versorgung für Kranke und Pflegebedürftige? Werden
28 pflegende Angehörige unterstützt? Können alle Schüler*innen in guten Verhältnissen
29 lernen? Bekommen alle einen Kitaplatz und qualifizierte Grundschulbetreuung? Sind
30 Sport und Spielplätze, Schwimmbäder, Kultur- und Jugendräume da? Oder müssen die
31 Leute viel bezahlen oder weit fahren, um solche Angebote zu erreichen?
32 Werden Inklusion, Soziokultur und Interkulturelles Leben, Umweltbildung,
33 internationale Solidarität und Nachbarschaftlichkeit gefördert? Oder bleibt sich
34 jeder selbst überlassen? Werden Klimaanpassung und Lebensqualität umweltgerecht
35 geplant und weiterentwickelt? Oder wird nur dort was verbessert, wo die
36 Einflussreichen leben?
37 Werden Projekte und Entscheidungen mit guten Beteiligungsverfahren, mit Empathie und
38 für alle verständlich entwickelt? Oder wird top-down aus dem Rathaus regiert?
39 Wir haben in vielen Kommunalvertretungen sehr klar gemacht auf welcher Seite wir
40 stehen. Wir wollen, dass die Menschen über ihre Zukunft selbst entscheiden. Wir legen
41 uns mit den Reichen und Mächtigen an. Wir kämpfen gemeinsam mit den Menschen für ein
42 gutes Leben in Würde für alle.

43 **Daseinsvorsorge ist Sache der Kommunen**

44 Wirtschaft ist nicht gleich Marktwirtschaft. Im Gegenteil: ohne öffentliche
45 Infrastrukturen und Daseinsvorsorge, ohne unbezahlte Hausarbeit und ohne
46 Subsistenzwirtschaften im globalen Süden würde unsere Gesellschaft nicht
47 funktionieren. Kapital- und profitgetriebene Wachstumswirtschaft dominiert und ist
48 nicht nur für extreme Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen verantwortlich,
49 sondern auch für existenzbedrohende ökologische Zerstörung.
50 Im Unterschied dazu können kommunale Unternehmen gemeinnützig wirtschaften -mit dem
51 Ziel öffentliche Daseinsvorsorge nachhaltig sicher zu stellen, am Bedarf der
52 Bewohner*innen ausgerichtet und in öffentlicher Hand – in den Händen der Bürgerinnen
53 und Bürger vor Ort.

54 Ein Beispiel ist die Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft, die für sauberes
55 Trinkwasser, sichere Abwasserentsorgung, nachhaltige Gewässerunterhaltung und
56 Hochwasserschutz sorgt. Sie ist dem Umweltschutz verpflichtet, der vorausschauenden
57 Wirtschaftlichkeit, vor allem aber der Versorgung der ganzen Bevölkerung. Und das
58 gelingt gut. Öffentlich-rechtliche Unternehmen oder kommunalen Betriebe kooperieren
59 in Zweckverbänden und sorgen auch in dünn besiedelten Regionen für
60 Wasserinfrastruktur.

61 Wir wollen, dass diese Art der Gemeinwohl-Wirtschaft ausgedehnt wird auf Wohnen und
62 Mobilität, Wärme und Energie, Gesundheit, Bildung und Kultur, soziale Einrichtungen,
63 Abfall und Wiederverwendung ... all das sind gesellschaftliche Bereiche des Daseins,
64 die in öffentliche Hand gehören und nicht privatrechtlich über Kaufkraft und
65 Profitabilität bestimmt sein dürften.

66 Derzeit ist keine linke Bewegung in Sicht, die die herrschenden Macht- und
67 Besitzverhältnisse revolutionieren könnte. Aber wir können vor Ort darum ringen, dass
68 öffentliche Daseinsvorsorge nicht privatisiert wird, dass es Rekommunalisierung gibt
69 und dass neue gemeinnützige öffentliche Unternehmen und Einrichtungen errichtet
70 werden.

71 Wir wollen, dass kommunale Strukturen wachsen, die einen sozialen und ökologischen

72 Umbau der Art und Weise unseres Lebens und Arbeitens ermöglichen. Versorgung statt
73 Verschwendung. Öffentlicher Wohlstand eben, statt privater Hyperreichtum.

74 **Kommune muss finanziert werden: Mehr Kohle in öffentliche Kassen!**

75 Die Kommunen haben öffentliche Daseinsvorsorge als Aufgabe, aber zumeist ist weder
76 eine nachhaltige Versorgung gewährleistet noch der Bedarf der Bevölkerung gedeckt. Es
77 fehlt an Schultoiletten und Kitaplätzen, an regenerativen Wärmenetzen, an sozialem
78 Wohnraum, an Lernschwimmbecken, Busverbindungen und vielem mehr. Den meisten Städten
79 und Gemeinden fehlen die Finanzen, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

80 Wir wollen, dass der Artikel 137 der Landesverfassung mit Leben erfüllt wird. Dort
81 steht im Absatz fünf: Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur
82 Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im
83 Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. Er stellt ihnen für ihre
84 freiwillige öffentliche Tätigkeit in eigener Verantwortung zu verwaltende
85 Einnahmequellen zur Verfügung.

86 Darüber hinaus brauchen wir öffentliche Institutionen, die den Gemeinden
87 Hilfestellung anbieten für den Aufbau und die Rückgewinnung eigener Infrastrukturen
88 der Daseinsvorsorge. Wir fordern von der Hessischen Landesregierung die Gründung
89 eines Institutes, das auch über ausreichende Finanzmittel verfügt, um Gutachten und
90 Sachverständige oder eine Anschubfinanzierung zur Rekommunalisierung von Unternehmen
91 und Leistungen zu bezahlen. Außerdem muss die hessische Gemeindeordnung geändert
92 werden, so dass die eigenwirtschaftliche Betätigung von Kommunen gefördert und nicht
93 beschränkt wird.

94 Kommunen haben wenig Möglichkeiten eigene Steuern zu erheben. Grundsteuern belasten
95 als Nebenkosten auch Mieter*innen. Bei der Gewerbesteuer gibt es den Wettbewerb der
96 Kommunen um den niedrigsten Hebesatz als Ansiedlungsanreiz für die Unternehmen. Die
97 Möglichkeit Rücklagen einzusetzen oder einzusparen ist in den meisten Kommunen
98 beendet. Da geht es dann um Kürzungen in der Jugendhilfe, um fehlende Schul- und
99 Kitaplätze, um Schließung von Bürgerhäusern und Kliniken, um fehlenden
100 Hochwasserschutz und andere Klimaanpassungen, die nicht erbracht werden können.

101 Angebote für Kultur und Sport, wie sie in der Landesverfassung stehen, zählen zu den
102 so genannten freiwilligen Leistungen. Die stehen häufig ganz zur Disposition und
103 können nicht finanziert werden.

104 So wird Demokratie zum Luxus. So schwindet das Vertrauen auch in der Kommunalpolitik.
105 Die Aggression gegenüber Mitarbeiter*innen wächst. Die Abwendung von Politik und
106 Staat wird forciert. Das akzeptieren wir nicht!

107 Den Kommunen werden immer mehr Aufgaben zugewiesen. Geld dafür vom Land und vom Bund
108 gibt es erst mit massivem Druck aus den Kommunen und das meist zu wenig. Mit dem
109 "Aktionsbündnis für die Würde unserer Städte" wehren sich mehr als 60 Kommunen aus
110 sieben Bundesländern, fordern Schuldenerlass und aufgabengerechte Finanzierung.
111 Richtig so.

112 Um die Demokratie zu stärken, ist ein Umsteuern und eine Umverteilung von
113 Steuergeldern erforderlich. Dazu gehört die Einführung einer
114 Gemeindefinanzsteuer und ein größerer Anteil den Kommunen an den

115 **Steuereinnahmen.**

116 Insgesamt ist gerechtere Steuerpolitik unverzichtbar. Eine europäische
117 Vermögenssteuer für Multimillionär*innen, wie es die Kampagne „tax the rich“ fordert,
118 könnte allein in Deutschland 85 Milliarden Euro pro Jahr einbringen. Große
119 Erbschaften, Körperschaften, Kapital- und Spitzeneinkommen müssen höher besteuert
120 werden. Eine Übergewinnsteuer soll die Profiteure von Krisen, Kriegen und Inflation
121 heranziehen. Steuerehrlichkeit muss durchgesetzt werden - gegen die Reichen und
122 Mächtigen.

123 **Gerechte Kommunalpolitik mit Linken**

124 Die Linke steht für Steuergerechtigkeit, Erweiterung der Demokratie und Ausbau
125 öffentlicher Daseinsvorsorge – als Gegengewicht zur kapitalistischen
126 Verwertungslogik. Wir wollen, dass in den Kommunalparlamenten nicht darum gestritten,
127 was noch verkauft, wo noch eingespart werden kann, sondern dass Protest gegen die
128 ungerechte Verteilung organisiert wird.

129 Wir wollen die kommunalen Möglichkeiten zu Gunsten sozialer und demokratischer
130 Teilhabe ausschöpfen und erweitern. Wir vertreten die Anliegen von Armen, von den
131 Beschäftigten, von Bürger*innen, die sich gegen Ungerechtigkeit wehren und pochen auf
132 Umweltgerechtigkeit zu Gunsten von "vulnerablen Gruppen". Wir protestieren gegen
133 Ungerechtigkeit und unterstützen Betroffene, sich zu wehren.

134 Wir haben gute Gründe für gemeinnütziges kommunales Wirtschaften: Leistungen, die für
135 alle Bürger*innen zugänglich sind, günstige Preise ohne Profiteure, Wertschöpfung,
136 die in der Region bleibt, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu tarifgerechten
137 Bedingungen, betriebliche Mitbestimmung und kommunale Selbstbestimmung, Transparenz
138 und demokratische Kontrolle. Kommunale Betriebe können die Versorgung der Bevölkerung
139 gewährleisten, gerade dort, wo Private keine Gewinnchancen wittern.

140 Wir wollen die feministische Idee der „Sorgenden Städte“ verbreiten (
141 rosalux.de/sorgende-staedte). Als Einstieg etwa die Forderung nach kommunaler
142 Dienstleistung in der Altenpflege oder der Ausbau von Gesundheits- und
143 Nachbarschaftszentren. Diese könnten Unterstützungsangebote etwa für ältere Menschen
144 und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche bieten, ebenso wie Räume für geteilte
145 Sorgearbeit in Elterngruppen oder Gemeinschaftsküchen. Dazu gehören Maßnahmen, die
146 eine Stadt für alle zugänglich machen, wie etwa Nulltarif im ÖPNV oder einen
147 Krankenschein, der auch Menschen ohne Papiere Zugang zur Gesundheitsversorgung
148 ermöglicht. Es geht auch um eine Stadt, in der sich alle wohlfühlen, mit Grünflächen,
149 guten Fuß- und Radwegen, mit Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung sexualisierter
150 Gewalt (Umsetzung Istanbul-Konvention), mit Maßnahmen gegen sexualisierte Belästigung
151 im öffentlichen Raum und in der städtischen Verwaltung (Umsetzung der auch endlich
152 von Deutschland ratifizierten ILO-Konvention 190) und ohne anlasslose
153 Polizeikontrollen. Wir wollen, dass Geschlechtergerechtigkeit und gute
154 Sorgeverhältnisse zu Leitlinien der öffentlichen Verwaltung werden.

155 Dies alles ist – wie vieles andere - unter der schwierigen Finanzlage vieler Kommunen
156 eine Gratwanderung. Meist sind die Rücklagen aufgebraucht, Liegenschaften verkauft
157 und die Grundsteuer bis an die Schmerzgrenze erhöht. Trotzdem ist es kaum möglich
158 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Vor diesen Herausforderungen stehen auch

159 linke Kommunalpolitiker*innen - egal ob in der Opposition oder in der Regierung.
160 Wir müssen das eine tun und das andere nicht lassen:
161 Wir führen den Kampf um gute finanzielle Ausstattung unserer Gemeinden - mit
162 Anträgen, Vernetzung und Mobilisierung von denjenigen, die unter den Kürzungen
163 leiden. Und wir kämpfen darum, dass alle real existierenden Möglichkeiten für bessere
164 Kommunalpolitik genutzt werden.
165 Unser Engagement lohnt sich! Wir können auf einige kommunalpolitische Erfolge stolz
166 sein:
167 In vier Kommunen ist Die Linke Koalitionspartnerin. In Wiesbaden konnten wir
168 gemeinsam mit Verbänden und Engagierten einen Kahlschlag im Kinder- und Sozialbereich
169 (20 Millionen Euro Kürzungen waren geplant) verhindern. Mit der Hilfe unserer
170 Dezernentin wird die Kontrolle über das teilprivatisierte Asklepios-Klinikum
171 zurückgeholt. Und die Umsetzung der Cannabislegalisierung ist gut auf den Weg
172 gebracht. Im Kreis Groß-Gerau wurde die Kreisklinik gerettet und die Beschäftigten
173 des Klinikservice wurden "rekommunalisiert" - jetzt gilt für alle der Tarifvertrag
174 des öffentlichen Dienstes. Außerdem verhindert dort eine Wohnungssicherungsstelle
175 Woche für Woche Räumungen von Wohnungen und die Neue Wohnraumhilfe akquiriert
176 Wohnraum, der nicht auf dem Markt ist. In Gießen konnte eine Sozialwohnungsbauquote
177 und ein Fonds bei Problemen die Energiekosten zu zahlen vereinbart werden.
178 Auch als linke Opposition können wir was erreichen: In Darmstadt wurde auf Druck der
179 Linksfraktion ein Sozialticket eingeführt. In Kassel wurden eine Sozialwohnungsquote
180 durchgesetzt und Mieter*innen organisiert, so dass sie selbst ihre Interessen
181 verteidigen können. In Frankfurt konnte die Linke trotz erheblichen Widerstands der
182 Stadtregierung erzwingen, dass die Istanbul-Konvention umgesetzt wird. Die
183 Römerfraktion erfährt viel Aufmerksamkeit für ihr hohes Engagement. Zum Erhalt der
184 Klinik In Hofheim hat die Linke im Kreistag ein überparteiliches Gesundheitsbündnis
185 auf die Beine gestellt, die Petition gegen die Schließung wird von mehreren Tausend
186 Menschen unterstützt.
187 Wir haben durchgesetzt, dass Tonaufnahmen von Stadtverordnetenversammlungen und
188 Beschlusskontrollen veröffentlicht werden und berichten aus den Gremien. Einige
189 Fraktionen bieten Sozialsprechstunden, Ämterbegleitung und einen "Sozialkompass" an.
190 Selbst auf dem Land geht was: In Neu-Eichenberg wurde mit unserer Hilfe nach vielen
191 Jahren jetzt endgültig das Ackerland gerettet und wird nicht von Logistikhallen und
192 Lkw-Kolonnen zerstört.
193 Dieses sind Beispiele, von denen es noch weitere gibt. Und von solchen „kleinen
194 Siegen“ wollen und können wir mehr erringen!
195 Dafür brauchen wir Programme und Persönlichkeiten, die das glaubwürdig verkörpern.
196 Auch dann, wenn der Anpassungsdruck groß ist oder wenn ein Posten lockt. Wir wollen
197 Menschen gewinnen für uns zu kandidieren, und Aufgaben zu übernehmen, die in ihrer
198 tätigen Praxis Linke sind - ob mit oder ohne Parteibuch.

199 **Auf zur Kommunalwahl 2026**

200 Die Linke Hessen ist in einer widersprüchlichen Situation. Einerseits stecken uns
201 Verlust von Landtagsfraktion und der schlechte Bundestrend in den Knochen.
202 Andererseits hat die gewonnene politische Klarheit für einen Mitgliederzuwachs

203 gesorgt, der die Verluste der Konfliktzeit ausgleichen konnte. Wir haben zwei
204 Bundestagsabgeordnete und sind an den kommunalen Regierungen in Wiesbaden, in Gießen,
205 in Dietzenbach und im Kreis Groß-Gerau beteiligt.

206 Unsere Partei steht als Mitgliederpartei deutlich stabiler da als die jüngsten
207 Wahlergebnis. Doch ist die Situation regional unterschiedlich: Die Neueintritte
208 konzentrieren sich - von positiven Ausnahmen wie im Werra-Meißner-Kreis abgesehen -
209 mehrheitlich in urbanen Kreisverbänden. Unsere Aufgabe ist es, dieses Fundament zu
210 nutzen und zu stärken, zugleich aber auch in Kleinstädten und Gemeinden unsere
211 Präsenz auszubauen. Dafür haben wir mit der LAG ländliche Räume oder mit der
212 Krankenhaus-Aktionswoche praktische Ansätze.

213 Kommunalfraktionen sind notwendig, damit unsere Partei in der Fläche präsent ist,
214 dass Büros erhalten werden und wir als relevanter Akteur präsent sind. Deshalb wollen
215 wir bei der kommenden Kommunalwahl unsere Kommunalmandate wiedergewinnen. Dazu
216 gehören auch Listenverbindungen und die Unterstützung von Menschen, die eine
217 Kandidatur für die Linke in Betracht ziehen. Zugleich werden wir unsere Kreisverbände
218 stärken, wie wir es beim letzten Landesparteitag beschlossen haben - für aktive
219 Kreisverbände und Basisorganisationen.

220 Im Großen wie im Kleinen gilt: Wir machen unsere Geschichte selbst, aber unter
221 vorgefundenen Bedingungen und vor allem gemeinsam. Wir wissen, dass kluge
222 Kommunalwahlprogramme und pffiffige Plakate allein die Gemeinden nicht retten. Wir
223 treten nicht nur zu Wahlen an, um den Interessen unserer Klasse Gehör zu verschaffen.
224 Wir sind gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Mieter*inneninitiativen,
225 Klimaaktivist*innen, migrantischen Gruppen oder Glaubensgemeinschaften aktiv und
226 machen auch außerparlamentarisch Druck. Erfolgreiche Bündnisprojekte wollen wir auch
227 für die Kommunalwahl fortsetzen und wo möglich neue schmieden.

228 Wir freuen uns schon auf die dritte bundesweite kommunalpolitische Konferenz
229 (KoPoKon) der RLS die vom 21. bis 23. März 2025 in Wiesbaden steigt!

230 Wir werden für die Kommunalwahlen 2026 lokale Schwerpunkte gemeinsam mit unseren
231 Mitgliedern sowie Freundinnen und Freunden diskutieren und setzen. Wir wollen auch
232 2026 eine flächendeckende linke Präsenz in den hessischen Kommunalparlamenten, damit
233 linke Politik vor Ort mehr bewirkt. Lasst uns dafür kämpfen!

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A3: Her mit Ersatzdokumenten für ukrainische Wehrdienstverweigerer!

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Über eine Million Ukrainer*innen haben in der Bundesrepublik Zuflucht vor dem
2 russischen Angriffskrieg auf ihr Land gefunden. Etwa 200.000 von ihnen sind, ihren
3 Papieren nach, Männer. Diese Männer* haben sicherlich mitbekommen, dass ihr Land
4 angegriffen wurde. Es wird ihnen auch nicht entgangen sein, dass ihre Regierung alle
5 männlichen Bürger für den Wehrdienst mustern und als Reserve im Land behalten möchte.
6 Da sie nicht in die Ukraine zurückkehren, ist davon auszugehen, dass sie keinen
7 Dienst an der Waffe leisten wollen.

8 Das Grundgesetz der Bundesrepublik garantiert, dass niemand zum Kriegsdienst mit der
9 Waffe gezwungen werden darf. Es ist augenscheinlich, dass diesen Männern* in der
10 Ukraine ebendies droht. Videos, in denen Männer* in der Ukraine von Feldjägern auf
11 der Straße aufgegriffen und mit Tritten und Schlägen zum Wehrdienst verschleppt
12 werden, gingen um die Welt. Dass ukrainische Konsulate keine Pässe von Männern* im
13 Ausland mehr verlängern, liegt daran, dass man auf sie bei Bedarf genauso zugreifen
14 können möchte.

15 Wie der hessische Innenminister zu behaupten, es sei für diese Männer* zumutbar, ihre
16 Papiere in der Ukraine zu erneuern, ist eine offene Verletzung dieses vom Grundgesetz
17 allen Menschen garantierten Rechts. Das wird vor allem dadurch offenbar, dass Männer*
18 jenseits des Wehrdienstalters sowie Frauen* durchaus Ersatzdokumente von deutschen
19 Behörden bekommen, damit sie die gefährliche Reise in das täglich bombardierte Land
20 nicht auf sich nehmen müssen.

21 Unsere Solidarität gilt den Menschen der Ukraine. Wo diese von der Regierung gegen
22 ihren Willen zum Töten und Sterben gezwungen werden sollen, wollen wir sie vor dem
23 Zugriff ihres Staates schützen, so wie es unser Grundgesetz gebietet. Wir fordern die
24 hessische Regierung dazu auf, das Grundgesetz zu achten und die Ausstellung von
25 Ersatzpapieren für Ukrainer* wiederaufzunehmen. Wir fordern unsere Genoss*innen, die
26 in anderen Bundesländern regieren, dazu auf, sich in ihren Ländern für eine
27 Wiederaufnahme einzusetzen.

28 Wir fordern Asyl und Selbstbestimmungsrecht für alle Deserteure und
29 Wehrdienstverweigerer, selbstverständlich auch für die Russischen. Ihnen Flucht und
30 Bleiberecht zu ermöglichen und zu vereinfachen ist nicht nur humanistische Pflicht,
31 sondern auch ein probates Mittel, um Putins Armee zu schwächen.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A4: Menschenleben und Menschenrechte schützen: Wir stehen kompromisslos für Frieden, Meinungsfreiheit und gegen Antisemitismus!

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Frieden jetzt!**

2 Seit fast einem Jahr wütet ein fürchterlicher Krieg im Gazastreifen, dem mittlerweile
3 Zehntausende Menschen zum Opfer gefallen sind. Wie bei allen Kriegen leidet vor allem
4 die Zivilbevölkerung darunter. Palästinenser*innen verlieren ihr Hab und Gut, ihre
5 Häuser, ihre Familien und Angehörigen. Wir trauern um die Tausende unschuldiger Opfer
6 und stimmen mit dem Großteil der Menschheit überein: Der Krieg muss sofort beendet
7 werden!

8 Die Gewaltspirale, die sowohl von der Hamas als auch von den israelischen
9 Streitkräften ausgeht, hat unzählige unschuldige Menschenleben gefordert und
10 leidvolle Konsequenzen für Zivilist*innen auf allen Seiten mit sich gebracht. Sie hat
11 eine lange Geschichte von Unterdrückung und Terrorismus – aber auch von
12 Aktivist*innen für Frieden und Gerechtigkeit! – die man nicht ausblenden kann. Das
13 Massaker vom 7. Oktober und die Verwüstung des Gazastreifens im folgenden Krieg haben
14 dennoch eine neue Qualität, die die ohnehin fast hoffnungslose Situation noch einmal
15 um ein Vielfaches verschlimmert

16 Wir Linke haben den Terrorfeldzug der Hamas, bei dem hunderte unschuldige Menschen
17 kaltblütig ermordet wurden, klar und unmissverständlich verurteilt. Wir erkennen an,
18 dass Israel, wie jeder andere Staat auf der Erde, ein Recht hat, sich dagegen zu
19 wehren. Gleichzeitig sind wir überzeugt, dass ein endloser Krieg mit einer ins
20 Unermessliche wachsenden Anzahl ziviler Opfer dem legitimen Bedürfnis der Israelis
21 nach Sicherheit genauso wenig dient wie Terroranschläge dem legitimen Bedürfnis der
22 Palästinenser*innen nach Freiheit, Gleichheit und Würde dienen können.

23 Berichte über Folter im israelischen Gefängnis Sde Teiman und die Parteinahme der
24 Rechtsradikalen in der Israelischen Regierung für die mutmaßlichen Täter*innen lassen
25 Zweifel daran aufkommen, dass die Wahrung der Menschenrechte und das Befolgen der von
26 Israel unterzeichneten Konventionen durch die gegenwärtige Regierung sichergestellt
27 werden kann. Bei der Inkaufnahme von Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung wie auch
28 gegenüber Gefangenen hört aber jedes Recht zur Selbstverteidigung auf. Das Recht,
29 sich zu wehren schließt das Recht, sein Gegenüber zu misshandeln niemals mit ein.

30 Daher muss sich Deutschland um einen schnellen Waffenstillstand und um Deeskalation
31 bemühen. Dazu gehört auch ein Ende der Waffenexporte in die gesamte Region. Wir
32 fordern beide Seiten auf, diesen Konflikt durch Verhandlungen beizulegen, alle
33 unschuldigen Gefangenen freizulassen und auf einen gerechten und nachhaltigen Frieden
34 hinzuarbeiten. Alle Menschen, ganz gleich welcher Religion oder Herkunft, haben den
35 gleichen Anspruch auf Bürgerrechte und soziale Sicherheit. Wir stehen auf der Seite
36 der linken und fortschrittlichen Kräfte in Israel, Palästina und weltweit, die sich
37 dafür einsetzen.

38 **Antisemitismus bekämpfen, Meinungsfreiheit sicherstellen**

39 Seit dem 7. Oktober ist die Anzahl und die Intensität antisemitischer Übergriffe ins
40 Unermessliche gestiegen. Soziale Medien quellen über von antisemitischen Karikaturen,
41 jüdische Einrichtungen auf der ganzen Welt werden beschmiert oder angezündet, als
42 Jüd*innen erkennbare Menschen erfahren vermehrt verbale wie körperliche Übergriffe,
43 Büros von jüdischen Lehrenden werden an Universitäten mit der Symbolik der Hamas
44 markiert, an Wohnungen von Jüd*innen werden Davidssterne gesprüht. Seit dem 7.
45 Oktober ist auch ein deutlicher Anstieg an antimuslimischem Rassismus zu beobachten.
46 Wir stellen uns auch hiergegen und wollen, dass alle Menschen in der Bundesrepublik

47 in Sicherheit leben können.
48 Für uns Linke ist die klare Ablehnung jedes Antisemitismus genauso
49 selbstverständlich wie der unversöhnliche Kampf gegen alle anderen Arten der
50 gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Deswegen erfahren auch die von
51 antisemitischer Gewalt Betroffenen stets unsere unverbrüchliche Solidarität.
52 Antisemitische Hetze hat für uns mit der freien Meinungsäußerung nichts zu tun.
53 Zugleich wehren wir uns entschieden dagegen, Menschen, die sich für eine friedliche
54 Beilegung des Nahostkonflikts und die Rechte der Palästinenser*innen einsetzen, unter
55 den Generalverdacht des Antisemitismus zu stellen und jeden Slogan möglichst negativ
56 auszulegen, um die Betroffenen ihrer demokratischen Rechte zu berauben in dessen
57 Genuss in diesem Land selbst Rechtsradikale kommen. Versammlungsfreiheit ist nur da
58 einzuschränken, wo die Versammlung andere durch Wort oder Tat konkret bedroht oder
59 gefährdet und nicht schon da, wo die Regierung mit der Meinung der Demonstrierenden
60 nicht einverstanden ist. Es muss möglich sein, sich friedlich zu versammeln,
61 Konzerte, Konferenzen und Tagungen abzuhalten und Unterschriftenlisten zu
62 unterzeichnen, ohne staatliche Repressionen in jeglicher Form zu befürchten. Für uns
63 gilt ganz im Sinne Bert Brechts: Völlige Freiheit der Meinung mit einer Ausnahme:
64 „Keine Freiheit für Schriften und Kunstwerke, welche den Krieg verherrlichen oder als
65 unvermeidbar hinstellen und für solche, welche den Völkerhass fördern.“

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A5: Kein Gefängnis mehr für Fahren ohne Fahrschein

Antragsteller*in:	Maria Stockhaus (KV Darmstadt), Daniela Mehler-Würzbach (KV Frankfurt am Main), Daniel Winter (KV Wiesbaden), Jakob Migenda (KV Darmstadt), Milena Löbcke (KV Wiesbaden), Jochen Dohn (KV Main-Kinzig), Hermann Schaus (KV Lahn-Dill), Michael Müller (KV Frankfurt am Main), Axel Gerntke (KV Frankfurt am Main), Desiree Becker (KV Gießen), Myriam Kaskel (KV Kassel Stadt), Christine Stein (KV Kassel Stadt), Michael Behn (KV Kassel Stadt), Violetta Bock (KV Kassel Stadt), Gabriele Klink (KV Kassel Stadt), Elida Danger (KV Kassel Stadt), Gizem Erinc-Ciftci (KV Offenbach Stadt), Regina Eiser (KV Kassel Stadt), Johannes Stein (KV Kassel Stadt), Torsten Felstehausen (KV Kassel Land), Jan Kersting (KV Kassel Land), Geoffrey Anane (KV Kassel Stadt), Stefanie Kersting (KV Kassel Land), Melanie Busch (KV Kassel Land), Tim Dreyer (KV Darmstadt), Luca Hemmerich (KV Frankfurt am Main), Aaron Schreiner (KV Darmstadt), Monika Christann (KV Frankfurt am Main), Dominike Pauli (KV Frankfurt am Main), Robin Dexheimer-Reuter (KV Darmstadt)
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Haftstrafe ist das härteste Mittel, das einem Rechtsstaat zur Verfügung steht.
- 2 Sie stellt in Deutschland die letzte Konsequenz dar. Aber nicht nur Menschen, die

3 wegen Raub, Mord oder Totschlag verurteilt wurden, sitzen im Gefängnis – auch
4 Tausende Menschen, die kein Geld haben, um sich ein Ticket für Bus oder Bahn zu
5 kaufen. Denn ohne Fahrschein mit Bus oder Bahn zu fahren, ist in Deutschland eine
6 Straftat. Wer dabei erwischt wird und die 60 Euro erhöhtes Beförderungsentgelt nicht
7 zahlen kann, wird von den Verkehrsverbänden angezeigt. Grundlage dafür ist § 265a des
8 Strafgesetzbuchs, „Erschleichen von Leistungen“ – ein Nazi-Relikt aus dem Jahr 1935.

9 Dieses Recht hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun! Fahren ohne Fahrschein ist ein
10 Armutsdelikt. Ein Großteil der Betroffenen ist arm, leidet an psychischen und
11 sozialen Krisen. Die meisten, die eine Ersatzfreiheitsstrafe wegen Fahrens ohne
12 Fahrschein absitzen, sind arbeitslos, jede:r Dritte suchtkrank und mehr als ein
13 Achtel obdachlos. Die Betroffenen sind mit dem erhöhten Beförderungsentgelt und ihrer
14 oftmals ohnehin prekären Lage gestraft genug, die Haftstrafen sind für sie eine
15 Katastrophe - während die Strafverfolgung und Unterbringung Millionen Steuergeld
16 verschlingt und die Justiz mit den Bagatelldelikten überlastet ist.

17 Schon zu Beginn der Legislaturperiode kündigte die Ampel-Koalition die Überarbeitung
18 des umstrittenen Paragraphen an, kommt aber nicht in die Puschen. Derweil schlägt die
19 Stunde der Kommunen: Progressive Städte und Kommunen haben das Fahren ohne Fahrschein
20 bereits selbst entkriminalisiert: Bremerhaven, Bremen, Münster, Düsseldorf, Köln,
21 Mainz, Karlsruhe, Potsdam, Halle, Dresden und auf Initiative der Linksfraktion hin
22 auch Wiesbaden haben ihre Verkehrsbetriebe angewiesen, weder Strafanzeigen noch
23 Strafanträge für das Fahren ohne Fahrschein zu stellen. Durch uns werden hessischen
24 Städte und Kommunen Teil dieser Bewegung!

25 Als Linke Hessen setzen wir uns dafür ein, dass das Fahren ohne Fahrkarte nicht mehr
26 strafrechtlich verfolgt wird. Hierzu warten wir nicht auf die Bundesebene, sondern
27 werden überall, wo wir vertreten sind, auf kommunaler Ebene aktiv und setzen uns
28 dafür ein, dass auf das Stellen von Strafanträgen verzichtet wird. Der Anfang in
29 Wiesbaden ist bereits gemacht – gemeinsam sorgen wir dafür, dass viele andere folgen!

30 Weiterhin halten wir an unserem Ziel fest, die Nutzung des ÖPNV kostenlos zu machen,
31 also den Nulltarif im ÖPNV einzuführen. Mobilität ist eine Voraussetzung für
32 Teilhabe, für das Erledigen von Besorgungen, den Weg zur Arbeit, die Begleitung von
33 Kindern oder weiteren Angehörigen oder die Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen.
34 Mobilität muss für alle verfügbar sein, ökologisch und sozial gerecht.

35 Der Landesvorstand wird damit beauftragt, einen Musterantrag und eine
36 Musterpresseerklärung bereit zu stellen sowie eine Aktion zu erarbeiten, die das
37 gemeinsame Stellen der Anträge begleitet.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A6: Großflächenplakate und Social-Media (für den ländlichen Raum) Mehr Großflächig plakatieren als kleinteilig hängen!

Antragsteller*in:	KV Lahn-Dill, KV Hochtaunus
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Liebe Parteitagsdelegierten,
- 2 die Mitglieder des 16. Landesparteitages mögen beschließen.
- 3 Der Landesvorstand der Linken Hessen wird beauftragt die Voraussetzungen für die
- 4 zukünftigen Wahlkämpfe insbesondere in den ländlichen Landkreisen individueller und
- 5 spezieller auszurichten. Um dieses zu erreichen, müssen folgende Dinge in Angriff
- 6 genommen werden.
- 7 1. Personelle und finanzielle Unterstützung für den verstärkten Einsatz von
- 8 Großflächenplakaten u.a. im ländlichen Raum,
- 9 2. Erstellung von individuell bearbeitbaren Social-Media-Vorlagen u.a. mit ländlichen
- 10 Themen,
- 11 3. weniger erstelltes Material (dafür mehr individuelle Druckvorlagen zum selbst
- 12 drucken).
- 13 Finanzierungsvorschlag
- 14 Finanziert werden könnte dieser Vorschlag zum einen durch eine Papierreduzierung in
- 15 der Herstellung und Bestellung von Flyern und anderen aus Papier und Plastik
- 16 hergestellten Materialien. Zum anderen durch einen im Landesfinanzrat ausgehandelten
- 17 Wahlkampfetat, der durch die Kreisverbände mitfinanziert wird.

Begründung

Es sollte auch uns mittlerweile bewusst sein, dass Wahlen nicht dadurch gewonnen werden, in dem mit Massendruck- und Wurfsendungen sowie A1 Plakaten von der Bundes- und Landesebene die Bevölkerung zugeschüttet wird. Die Realität lehrt uns, dass ein überwiegender Teil unserer Wahlwerbung gar nicht erst gelesen wird, da es in der Masse anderen Werbebotschaften untergeht. Die Masse an A1 Plakaten verfehlen aber auch ihre Wirkung, da sie übersehen wird. Stattdessen sehen wir in dem Einsatz von mehr Großflächenplakaten und Social-Media wie oben beschrieben mehr Sinn. "Weniger Druckerzeugnisse sind manchmal doch mehr".

Weiteres wird von uns mündlich begründet.

Antrag A7: Änderung der Wahlordnung der Partei in § 4 Abs. 4

Antragsteller*in:	KV Lahn-Dill, KV Limburg-Weilburg, KV Hochtaunus
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Liebe Landesdelegierten,
- 2 die Mitglieder des Landesparteitages mögen beschließen den folgenden Antrag auf dem
- 3 kommenden Bundesparteitag in Halle zu unterstützen.
- 4 In der Wahlordnung wird im § 4 Abs. 4 folgende Ergänzung vorgenommen.
- 5 **Neufassung des § 4 Abs. 4 Wahlordnung**
- 6 (4) Wer selbst für ein zu wählendes Parteiamt oder Mandat kandidiert, kann nicht der

- 7 Wahlkommission angehören. Nimmt ein oder mehrere Mitglieder der Wahlkommission eine
- 8 Kandidatur an, scheidet es unmittelbar aus der Wahlkommission aus. Bei Kreis- und
- 9 Ortsverbände bis 100 Mitglieder ruht für den Zeitpunkt der eigenen Kandidatur die
- 10 Funktion und Tätigkeit in der Wahlkommission.

Begründung

Die Änderung soll ausschließlich mitgliederarme Kreisverbände in die Lage versetzen, auch ohne fremde Hilfe von außen eine Wahlveranstaltung aus ihrer Mitte leiten zu können. So könnte eine kandidierende Person zukünftig auch nach seiner Wahl noch seine Funktion in der Wahlkommission wieder aufnehmen.

Dies ist insbesondere bei den Wahlen zu den kommunalen Gremien notwendig, wo es auf jed*e und jede*n ankommt, die für uns bereit sind auf unseren kommunalen Listen zu kandidieren. Ebenfalls kann nicht davon ausgegangen werden, dass jedes Mitglied in der Lage ist eine Wahl ordnungsgemäß zu leiten bzw. kennt sich nicht genug mit den formellen Bestimmungen der Wahlregularien aus. Zu guter Letzt sei der Hinweis gestattet, dass die gesetzlichen Regelungen wie z.B. das Kommunale Wahlgesetz (KWG) in Hessen solche Ausnahmen nicht ausschließen.

Bisherige Fassung der Wahlordnung

(4) Wer selbst für ein zu wählendes Parteiamt oder Mandat kandidiert, kann nicht der Wahlkommission angehören. Nimmt ein oder mehrere Mitglieder der Wahlkommission eine Kandidatur an, scheidet es unmittelbar aus der Wahlkommission aus.

Weiteres wird von uns mündlich begründet.
Wir bitten um Zustimmung unseres Antrages

Antrag A8: Aktivengruppe als Landes- und/oder regionale Gruppe bilden

Antragsteller*in:	KV Lahn-Dill, KV Hochtaunus
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesvorstand wird beauftragt die für die anstehende Bundestagswahl
- 2 voraussichtlich am 28.09.25 und der Kommunalwahl im März 2026 vor allen für die
- 3 ländlich strukturierten Landkreise (eine mobile Aktivengruppe) zu bilden. Diese soll
- 4 im Rahmen der Wahlkampfplanung "Aktion vor Ort" aktiv von den Kreisverbänden
- 5 abgerufen werden können.

Begründung

Um mindestens einmal vor Ort u.a. auch medial aufzufallen, ist es notwendig, über den üblichen Rahmen vor Ort mit besonderen Wahlkampfaktionen aufzufallen. Da in der Regel Veranstaltungen keine Publikumsmagnete mehr sind, sind andere Aktivitäten notwendig. Hierzu bedarf es vor allem im ländlichen Raum der personellen Unterstützung von weiteren Aktiven, da der abrufende Kreisverband hier nicht immer über dieses Personal verfügt. Auf den Landesverband (Wahlkampfteam) kommen

hier insbesondere koordinierende Aufgaben zu.

Weiteres wird von uns mündlich begründet.

Wir bitten um Zustimmung unseres Antrages

Antrag A9: Bezahlkarte in Hessen nicht einführen

Antragsteller*in:	KV Bergstraße, KV Groß-Gerau, KV Darmstadt
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesverband Die Linke Hessen fordert die Kommunen auf, die Bezahlkarte für
- 2 Geflüchtete nicht einzuführen und stattdessen mehr für die Integration zu tun.
- 3 Für Geflüchtete bedeutet sie eine erhebliche Einschränkung. Viele Dinge müssen bar
- 4 bezahlt werden, ob es das Geld ist, das in der Schule eingesammelt wird, oder
- 5 gebrauchte Kleidung auf dem Kindersachenbasar oder der Obolus für die Tafel. Ein
- 6 Barbetrag von 50 Euro reicht dafür auf keinen Fall. Für andere Dinge wie
- 7 Telefonrechnungen ist eine Überweisung notwendig, die die Bezahlkarte auch nicht
- 8 ermöglicht. Diese Karte ist diskriminierend und ausgrenzend. Sie führt zu einer
- 9 größeren Spaltung zwischen Geflüchteten und anderen Teilen der Bevölkerung.
- 10 Die Begründungen für die Einführung einer Bezahlkarte sind haarsträubend. Damit soll
- 11 verhindert werden, dass Geflüchtete ihre Schlepper finanzieren. Nur wenn es legale
- 12 Fluchtwege gäbe, könnte man Schleppern das Handwerk legen. Die lassen sich aber nicht
- 13 darauf ein, ihre Tätigkeit im Nachhinein durch Abstottern von den Leistungen für
- 14 Asylsuchende zu finanzieren.
- 15 Die Kommunen erwarten, dass die Bezahlkarte weniger Arbeit mache. Auch das ist nicht
- 16 der Fall. Eine pauschale Bargeldobergrenze wurde bereits vom Sozialgericht Hamburg
- 17 (Beschluss vom 18.07.24) als rechtswidrig erklärt und entschieden, dass es einer
- 18 Einzelfallprüfung bedarf. Auch weitere individuelle Leistungsansprüche machen die
- 19 Bezahlkarte eher zu einem erheblichen Mehraufwand.
- 20 Kommunen können selbst darüber entscheiden, ob sie die Bezahlkarte einführen. Wir
- 21 rufen alle auf, stattdessen Geflüchtete zu unterstützen ein Girokonto bei der
- 22 örtlichen Sparkasse zu erhalten, über das die Leistungen unproblematisch abgewickelt
- 23 werden können.
- 24 Außerdem rufen wir die Kommunen dazu auf alles zu tun, damit Menschen schnell ihren
- 25 Platz in der Gesellschaft finden. Dazu gehören Sprachkurse für alle, kleine
- 26 Wohneinheiten und schnelle Wege in den Arbeitsmarkt. Es muss gemeinsames Ziel sein
- 27 den geflüchteten Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen.
- 28 Die Einführung von Bezahlkarten sind Wasser auf die Mühlen der AfD. Wir wollen aber
- 29 Rassismus abbauen, rechten Kräften das Wasser abgraben und für demokratische,
- 30 solidarische und soziale Lebensverhältnisse für alle Menschen in Hessen sorgen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A10: Mehr Bahn statt Autowahn - Pläne zum 10-spurigen Ausbau der A5 zwischen Frankfurt und Friedberg stoppen!

Antragsteller*in:	Daniela Mehler-Würzbach (KV Frankfurt am Main), Jakob Migenda (KV Darmstadt), Matthias Riedl (KV Gießen), Britta Brandau (KV Frankfurt am Main), Martina van Holst (KV Frankfurt am Main), und 23 Weitere
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Linke Hessen unterstützt die Proteste gegen den 10-spurigen Ausbau der A5 und
- 2 fordert den sofortigen Stopp des Planungsverfahrens. Wer eine echte Verkehrswende
- 3 will, investiert in die Schiene statt in Megahighways und mehr Asphalt

Begründung

Im Juni veröffentlichte die bundeseigene Autobahngesellschaft endlich die lange geheim gehaltene Machbarkeitsstudie der Autobahn GmbH des Bundes, nach der ein Ausbau der A5 zwischen Frankfurter Kreuz und Friedberg auf zehn (!) Spuren technisch möglich ist. Ein derart breiter Megahighway wurde in Deutschland noch nie realisiert. Bundesverkehrsminister Wissing von der Autolobbypartei FDP drängt auf den Ausbau.

Hatte sich SPD-Verkehrsminister Kaweh Mansoori als Frankfurter Bundestagsabgeordneter noch im Wahlkampf mit Gegner:innen des Autobahnprojekts getroffen und noch im Oktober 2023 damit gebrüstet, dass seine Bundestagsfraktion das beschleunigte Verfahren zum Ausbau dieses Autobahnabschnitts verhindert habe, besteht er („Das Auto gehört zu Hessen wie Ahle Worscht und Ebbelwoi!“) heute nur noch auf eine Einhausung der Strecke im Frankfurter Stadtgebiet – während die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung die Ausbaupläne mehrheitlich ablehnt. Anwohnende, Umwelt- und Verkehrsinitiativen machen gegen den Ausbau mobil. Mehr als 30 Initiativen haben zum Verzicht auf den zehnspurigen Ausbau aufgerufen, fordern Wissing und Mansoori auf die Ausbaupläne aufzugeben. Schon jetzt mangelt es an einen wirksamen Lärmschutz sowie Natur-, Arten- und Klimaschutz an der A5 und dies ohne Ausbau. Das Geld für den Autobahnausbau – bundesweit 850 Kilometer – sollte verwendet werden, um dringende Sanierungen und Ausbau des Schienennetzes voran zu bringen. Das entspricht der Position der Linken, die sich seit Jahren für einen Stopp des Neu- und Ausbaus von Bundesautobahnen ausspricht - zugunsten des Ausbaus des Schienennetzes.

Die hohe Belastung des Teilabschnittes der A5, die als Grund für den benötigten Ausbau angeführt werden, sind vor allem auf die Berufspendelnden nach Frankfurt zurückzuführen. Sie machen mehr als 2/3 der Fahrzeugbewegungen am Tag aus. Das ist auch kein Wunder: Wegen der maroden Infrastruktur der Bahn sind die Zugverbindungen aus und nach Mittelhessen in den letzten Jahren immer unzuverlässiger geworden. Für Berufspendelnde ist die Bahn deshalb nur noch selten eine echte Alternative.

In der Machbarkeitsstudie der Autobahngesellschaft für den Ausbau A5 werden Kosten in Höhe von 1100 Millionen Euro für die gerade mal 28km lange Strecke veranschlagt. Der 4-gleisige Ausbau der Main-Weser Bahnstrecke (S6-Ausbau bis Bad Vilbel) kostet hingegen – trotz einer Verdopplung der Plankosten – nur etwa ein Drittel. Mit dem für den Autobahnausbau veranschlagten Kosten wäre sehr wahrscheinlich ein 4- gleisiger Ausbau bis nach Mittelhessen, oder gar weiter, zu finanzieren.

Wer eine echte Verkehrswende will, investiert in die Schiene statt in Megahighways und mehr Asphalt! Die Linke Hessen fordert einen sofortigen Stopp des Planungsverfahrens und unterstützt die Proteste gegen die Ausbaupläne.

Antrag A11: Linke Kommunalpolitik: Wir wollen vor Ort stark sein!

Antragsteller*in:	LAG Linksrum
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 m Frühjahr 2026 finden in Hessen Kommunalwahlen statt. DIE LINKE. Hessen konnte 2021
- 2 in allen Kreistagen, kreisfreien Städten und in zahlreichen Kommunalen Vertretungen
- 3 Mandate erringen (21 Kreistage, 5 kreisfreie Städte, 47 weitere Kommunen/Ortsteile).
- 4 Diese Mandate gilt es zu verteidigen.
- 5 Warum?
- 6 In den Kommunen werden landes- und bundespolitische Gesetze wirksam. Hier zeigen sich
- 7 ganz konkret deren Folgen auf die Lebensverhältnisse der Menschen. Hier ist das
- 8 Scharnier, um an den Erfahrungen der Menschen anzuknüpfen und deutlich aufzuzeigen,
- 9 wie sich große Politik auswirkt und welche Ursachen das hat.
- 10 Hier können kleine und große Anliegen in parlamentarischen Initiativen aufgegriffen
- 11 werden. Hier können linke Mandatsträger wirksam sein, wenn sie beharrlich und ehrlich
- 12 mit den Menschen arbeiten.
- 13 Linke kommunale Mandate können auch in Zeiten politischer Desorientierung und
- 14 Unsicherheit Verankerung an der gesellschaftlichen Basis halten bzw. ausbauen.
- 15 Linke Mandatsträger:innen sind oft gut verankert. Sie können ein Verbindungsglied zu
- 16 Vereinen und gesellschaftlich wirkenden Gruppen sein sowie politische Initiativen aus
- 17 den örtlichen linken Kreisverbänden und Basisgruppen ins Parlament tragen.
- 18 **Kommunen sind überlastet und unterfinanziert**
- 19 Die Zuweisungen für Kommunen sind nicht ausreichend. Den Kommunen ist es auch nicht
- 20 möglich, die Einnahmen entsprechend ihrer Aufgaben zu erhöhen: Sie dürfen sich nur
- 21 sehr eingeschränkt wirtschaftlich betätigen und die Privatwirtschaft hat Vorrang vor
- 22 kommunaler Wirtschaftstätigkeit. Die kommunalen Einnahmen (Grundsteuer,
- 23 Gewerbesteuer, Bagatellsteuern) können nicht immer weiter hochgeschraubt werden.
- 24 Kommunen bekommen immer mehr Aufgaben, ohne ausreichend dafür finanziert zu werden.
- 25 Wenn ein Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge an seine Grenzen kommt, müssen
- 26 dafür zunehmend die Kommunen einspringen. Das Konnexitätsprinzip ist weitgehend
- 27 ausgehebelt.
- 28 Kreise und Kommunen sind zum Beispiel verantwortlich für
- 29 • Schulbauten und Schuleinrichtung, digitale Ausstattung
- 30 • Schulsozialarbeit
- 31 • Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets der Bundesregierung
- 32 • Kinder- und Jugendhilfen
- 33 • Integration, Inklusion
- 34 • Kinderbetreuung

- 35 • Migration / Aufnahme und Integration Geflüchteter
- 36 • (ggf.) Kreisjobcenter
- 37 • soziale Hilfen, Wohngeld, Kosten der Unterkunft und Heizung,
- 38 • Ent- und Versorgung: Wasser, Abwasser, Müll
- 39 • Straßen, Verkehr, ÖPNV, Verkehrswende
- 40 • Freizeit: Kultur, Sport, Hallen- und Freibäder, Vereinsförderung, Ehrenamt
- 41 • Denkmalschutz
- 42 • Kommunikationsstruktur (Glasfaser, Digitalisierung)
- 43 • Grünflächen, Parks, Freiflächen, Sozialräume, Sozialraumgestaltung
- 44 • Naturschutz, Klimaschutz, (Investitionen, zeitlich begrenzte Förderprogramme),
- 45 • Starkregenschutz, Hitzeschutz
- 46 • bezahlbares Wohnen, sozialer Wohnungsbau,
- 47 • Armutsbekämpfung
- 48 • teilweise die wohnortnahe Gesundheitsversorgung
- 49 • regionale Wirtschaftspolitik
- 50 • uvm.

51 Wobei die Aufgaben meist nicht mit gleichem Elan angegangen werden. Klimapolitik
52 spielt oft eine untergeordnete Rolle. „Sozialraumgestaltung“, „bezahlbarer Wohnraum“
53 und „Armutsbekämpfung“ finden in vielen Kommunalvertretungen eher keine Beachtung.

54 **Ungünstige Rahmenbedingungen für Kommunalpolitik**

55 Dass Kommunen strukturell und chronisch unterfinanziert sind, ist nichts Neues.
56 Jedoch ermöglichte eine Phase guter Konjunktur und Steuereinnahmen zwischen 2014 und
57 2020 immerhin staatliche Entschuldungshilfen und zeitlich begrenzte Förderprogramme.
58 Seitdem verschlechtert sich die Lage der Kommunen sehr deutlich. Für 2024 rechnen
59 kommunale Spitzenverbände mit einem Defizit von 10 Milliarden Euro. Der Deutsche
60 Städte- und Gemeindebund sowie der Deutsche Städte- und Landkreistag geben keine
61 positive Prognose ab. Es wird eine dauerhafte finanzielle Schieflage erwartet, die
62 nicht durch kurzfristige und begrenzte Hilfsprogramme aufgelöst werden kann.
63 Insbesondere werden Kürzungen im Bundeshaushalt für die ländlichen Regionen und
64 deutliche Einschnitte bei den Sozialleistungen kritisiert. Die meisten Kommunen haben
65 ihre Rücklagen aufgebraucht und müssen wieder Kredite aufnehmen, um ihre
66 Pflichtleistungen erbringen zu können. Freiwillige Leistungen gibt es so gut wie
67 nicht mehr. Die Investitionstätigkeit der Kommunen erreichte einen Tiefststand.
68 Wichtige Politikfelder werden unter diesen Bedingungen nicht in Angriff genommen: das
69 trifft u.a. Armutsbekämpfung und Sozialen Wohnungsbau, sowie ausreichende Maßnahmen
70 im Klimaschutz.

71 Warum ist das so?

72 Im Bundeshaushalt stehen nicht genug finanzielle Mittel für eine ausreichend
73 finanzierte Kommunalpolitik zur Verfügung.

74 Wenn große Vermögen und Konzerne nicht angemessen besteuert werden, bleibt auch der
75 Staat unterfinanziert. Seitdem 1997 die Vermögenssteuer ausgesetzt wurde, sind dem
76 Fiskus 380 Milliarden Euro entzogen worden. Dieser Verlust entspricht etwa 80 Prozent

77 des Bundeshaushalts von 2024, der Ausgaben von 477 Milliarden Euro vorsieht.
78 Gleichzeitig sind die Vermögen der 100 reichsten Deutschen seit 2021 um 460
79 Milliarden Euro angewachsen. Doch nicht nur bei der Vermögenssteuer werden Reiche und
80 Hyperreiche geschont. Die diversen Steuergeschenke der jeweiligen Bundesregierungen
81 haben einer winzigen Oberschicht von 4300 Personen ein Vermögen von 1,4 Billionen
82 Euro eingebracht.

83 Wer eine solche Entwicklung zulässt, kann natürlich die staatlichen Aufgaben nicht
84 mehr ausreichend finanzieren.

85 Seit 2014 stiegen die Militärausgaben von 45 Milliarden Euro auf 85 Milliarden Euro
86 jährlich an. Über 100 bis 135 Milliarden Euro pro Jahr wird bereits nachgedacht (3%
87 vom BIP). Diese Steigerung kann nur realisiert werden, indem in anderen
88 Haushaltsbereichen der Rotstift angesetzt wird. Und dazu gehören auch die
89 finanziellen Zuweisungen an die Kommunen. Dazu kommen weitere Unwägbarkeiten:

- 90 • Die kommunale Finanzierung ist stark von den Steuereinnahmen abhängig. Sinken
91 die
- 92 • Steuereinnahmen (Krisen, Steuerreformen, Wirtschaftskrieg, ...) verschlechtern
93 sich die Bedingungen für kommunale Haushalte.
- 94 • Inflation und ansteigende Energiepreise verteuern alle kommunalen Kosten: Zum
95 Beispiel Gebäudeunterhaltung, Planungen, Baupreise... (Die Kommune schwankt dann
96 zwischen Gebührenerhöhungen und Kreditaufnahme.)
- 97 • Die Umlagen (Kreisumlage, Schulumlage, LWV-Umlage) für übergeordnete Aufgaben
98 erhöhen sich.
- 99 • Bundesgesetzebürden den kommunalen Haushalten hohe Kosten auf (Unterbringung
100 Geflüchteter, Garantie für einen Kita-Platz, Inklusion, Klimaschutzmaßnahmen ...)
- 101 • Tarifverbesserungen müssen finanziert werden.
- 102 • Leistungen ohne Einnahmen (kostenloser ÖPNV, kostenlose Kita, Sozialpass,...)
103 kosten Geld.
- 104 • Kommunale Daseinsfürsorge (Wohnen, Kita, Sportstätten, Kultur,
105 Gesundheitsversorgung, Friedhöfe, ...) haben keine ausreichende Gegenfinanzierung
106 durch Bundes- und Landesmittel.

107 Trotzdem diese Unterfinanzierung allen kommunalen Akteuren bekannt ist, werden deren
108 Ursachen nicht angegriffen. Noch viel zu oft werden falsche Schlussfolgerungen
109 gezogen: Man privatisiert öffentliches Eigentum bzw. öffentliche Dienstleistungen,
110 greift zu teuren PPP-Finanzierungen oder beauftragt private Investoren und Firmen.
111 Viel zu selten melden sich kommunal Verantwortliche kritisch zu Wort. Meist wird
112 zähneknirschend der Mangel verwaltet.

113 Dennoch gibt es auch Proteste. Ein Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte"
114 fordert in mehreren Bundesländern bessere Kommunalfinanzen ein. Und auch in Hessen
115 fand ein Offener Brief der Bürgermeister und des Kreistags des Rheingau-Taunus-
116 Kreises öffentliche Beachtung. Darin schreibt Landrat Zehner: „Wenn Bund und Land uns
117 hier weiterhin allein lassen, müssen wir uns auf der kommunalen Ebene buchstäblich
118 kaputt sparen und die Kommunen müssen Grund- und Gewerbesteuer immer höher schrauben,
119 für Aufgaben, auf die wir gar keinen Einfluss haben. Das vermindert unsere
120 Leitungsfähigkeit und sorgt für sinkendes Vertrauen in den Staat als Ganzes - und
121 gefährdet die Demokratie. Deshalb fordern wir, dass kommunale Selbstverwaltung nicht

122 zur Farce werden darf.“

123 **Gleiche Lebensbedingungen in Stadt und Land**

124 Linke Kommunalpolitik darf kein klein-kleiner Aktionismus sein, auch wenn wir uns
125 selbstverständlich auch um die kleinen Anliegen kümmern. Den Zusammenhang zwischen
126 der großen Politik und den Lebensverhältnissen vor Ort müssen Linke immer deutlich
127 machen. Die kommunale Leistungsfähigkeit hängt nicht davon ab, ob eine Kommune gut
128 wirtschaftet und harte Sparmaßnahmen durchsetzt. Die kommunale Unterfinanzierung ist
129 ein strukturelles Problem und muss grundlegend überwunden werden. Und weil die
130 Ursachen direkt mit der staatlichen Steuerpolitik und den Militärausgaben
131 zusammenhängen, sollten linke Mandatsträger:innen alles tun, um diese Zusammenhänge
132 immer wieder aufzudecken, sowie Proteste einzufordern und zu organisieren.

133 Bundesweit sehen Bürgermeister:innen folgende Dringlichkeiten für die
134 Kommunalpolitik:

- 135 1. Der höchste Handlungsbedarf liegt bei den Finanzen.
- 136 2. Sozialer Wohnungsbau und bezahlbares Wohnen kommen an zweiter Stelle.
- 137 3. Dann folgen Klimaschutzmaßnahmen, die Energiewende und
- 138 4. die Mobilitätswende.
- 139 5. Stärkung der Wirtschaft und
- 140 6. Digitalisierung haben geringere Priorität.
- 141 7. Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts (Darunter wird meist die
142 Verteidigung der Demokratie gegen Rechts verstanden. Kaum jedoch die
143 Armutsbekämpfung.) folgt an letzter Stelle.

144 Wir haben also gute Möglichkeiten, linke Ziele in die Kommunalparlamente zu tragen
145 und eigene Schwerpunkte zu setzen. Gerade weil uns in Zukunft verstärkt das Argument
146 entgegengebracht werden wird, unsere Forderungen seien unbezahlbar, kommt es darauf
147 an, Mitstreitende für eine Umverteilung der Vermögen und für Abrüstung zu gewinnen.
148 Die hessische Landesverfassung fordert im Artikel 137 (5):

149 „Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen
150 und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und
151 Finanzausgleichs zu sichern. Er stellt ihnen für ihre freiwillige öffentliche
152 Tätigkeit in eigener Verantwortung zu verwaltende Einnahmequellen zur Verfügung.“
153 Dies gilt es einzufordern.

154 Leider wurden und werden alternative kommunalpolitische Konzepte meist in den Städten
155 und für die Städte erarbeitet. Es ist sehr gut, wenn nun im Landesverband über die
156 Situation in den ländlichen Regionen nachgedacht wird. Strukturpolitische Forderungen
157 und Initiativen sind dringend nötig! Das Thema braucht die Aufmerksamkeit der Partei
158 – nicht nur bei der nächsten Kommunalwahl!

159 In den Landkreisen und Landgemeinden brechen große Bereiche der öffentlichen
160 Daseinsfürsorge weg: Das reicht von der Ausdünnung des ÖPNV über unzureichende
161 Kinderbetreuung, Schließung von Bürgerhäusern/Schwimmbädern/Kinos usw., fehlende
162 Finanzierung örtlicher sozialer/kultureller Initiativen, bis hin zur
163 Gesundheitsversorgung (keine Frauengesundheit, fehlende Hausärzte/Fachärzte,
164 Krankenhausschließungen). Wichtige Investitionen bleiben aus. Geschäfte und
165 Gastronomie müssen schließen. In Besonders in den Ortskernen wächst der Leerstand.

166 Historisch wertvolle Bausubstanz zerfällt unter Denkmalschutz. Die Liste ist
167 verlängerbar.

168 **Drei mögliche kommunale Schwerpunkte**

169 **1. Bezahlbarer Wohnraum /Wohnungsnot**

170 Seit 1990 die Wohnungsgemeinnützigkeit aufgehoben wurde, wird rendite- statt
171 sozialorientierter Wohnungsbau betrieben. Kommunen verkauften ihren Wohnungsbestand
172 an private Investoren. Das öffnete Spekulationen Tür und Tor und beförderte den Bau
173 von hochpreisigen Eigentumswohnungen. Dazu kommt, dass nach der „Wende“ der Soziale
174 Wohnungsbau komplett eingestellt wurde, obwohl Tausende Wohnungen aus der
175 Sozialpreisbindung fielen. In der Folge sank der Bestand an Sozialwohnungen in
176 Hessen. Im Jahre 2011 gab es noch 123.028 Sozialwohnungen. Neun Jahre später waren es
177 nur noch 79.720. Erst Ende 2022 stieg der Bestand wieder auf 82.159 an, weil das Land
178 ein Förderprogramm aufgelegt hat. Doch der Bedarf liegt bei 163.000 Sozialwohnungen!
179 Damit ist klar, dass die Förderung unzureichend ist. Und die meisten Kommunen haben
180 sich aus dem sozialen Wohnungsbau verabschiedet. Bestenfalls werden kommunale
181 Wohnungen modernisiert.

182 Ein Neubau in den Kommunen findet derzeit kaum statt. Selbst große finanzstarke
183 Baugesellschaften wollen wegen der rasant steigenden Baukosten derzeit keine
184 Sozialwohnungen bauen.

185 Diese Entwicklung führte zu steigenden Mieten - ganz besonders in den
186 Ballungsgebieten. Nach Hamburg, Bayern und Baden-Württemberg belegt Hessen den
187 vierten Platz bei den Mietpreissteigerungen.

188 Vor allem in den Ballungsgebieten sind die Mieten so explodiert, dass oft bis zur
189 Hälfte des Haushaltseinkommens für eine Wohnung aufgewendet werden muss.
190 Mieterverbände bezeichnen eine Wohnung als bezahlbar, wenn die Miete maximal 1/3 des
191 Haushaltseinkommens beträgt. Die Wohnungsmieten belasten zunehmend auch
192 Normalverdienende unverhältnismäßig stark.

193 Auch in den ländlichen Regionen spielt das Thema „Bezahlbarer Wohnraum“ eine wichtige
194 Rolle. In den Einzugsgebieten der Städte ist die Mietpreisentwicklung dem dortigen
195 Niveau angepasst. Auch dort braucht es sozialen Wohnungsbau, was meist wegen der
196 finanziellen Lage meist schwieriger ist, als in den urbanen Zentren. Und in den
197 abgehängten ländlichen Regionen müssen Konzepte gegen Leerstand und den Niedergang
198 des kommunalen Lebens entwickelt werden.

199 Im unteren Preissegment herrscht Wohnungsnot.

200 Hier stehen arme Leute, Geringverdienende und Geflüchtete in harter Konkurrenz um das
201 unzureichende Angebot, was den sozialen Frieden stark belasteten und auch
202 Fremdenfeindlichkeit befördern kann.

203 Auch kleine Vermieter passen ihre Preisvorstellungen dem „Markt“ an.

204 Das hat drastische Folgen für Menschen, die auf soziale Unterstützung angewiesen sind
205 und auf die Jobcenter/Sozialämter. Die Kosten der Unterkunft (KdU) müssen den
206 steigenden Mieten angepasst werden, weil dieser Personenkreis sonst auf dem
207 Wohnungsmarkt chancenlos bleibt. Die staatlichen Hilfen (KdU und Wohngeld) sind
208 inzwischen fünfmal so hoch, wie die Fördersummen für neue Sozialwohnungen. Der
209 Teufelskreis kann nur durch deutlich gesteigerten sozialen Wohnungsbau durchbrochen
210 werden.

211 Für linke Politik gibt es hier zahlreiche Anknüpfungspunkte:

- 212 • Stellungnahmen der kommunalen Gremien gegen die Streichung der Bundesmittel für
- 213 den sozialen Wohnungsbau (Resolutionen, offene Briefe...)
- 214 • Druck auf die hessische Landesregierung für weitere und besser ausgestattete
- 215 Wohnungsförderungsprogramme
- 216 • Bessere finanzielle Ausstattung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften
- 217 • Gründung kreiseigener Wohnungsbaugesellschaften
- 218 • Wohnungsbeschaffung nach dem Viernheimer Modell
- 219 • kommunale Wohnungsbörsen
- 220 • Maßnahmen gegen Leerstand und Zweckentfremdung
- 221 • Mietpreislösung
- 222 • Förderung, wenn von privaten Bauherren bezahlbare Mietwohnungen geschaffen
- 223 werden
- 224 • Druck machen gegen die Abzockergebühren in den Sammelunterkünften für
- 225 Geflüchtete
- 226 • kein Verkauf kommunaler Wohnungen
- 227 • kein Verkauf kommunaler Grundstücke

228 **2. Armutsbekämpfung**

229 Mehr als ein Fünftel der Bevölkerung gilt als arm, bzw. armutsgefährdet. Das heißt:
230 Ihnen stehen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung.
231 Trotz dieser hohen Zahl, befassen sich die meisten kommunalen Parlamente nicht mit
232 dem Thema Armutsbekämpfung. Es gibt kaum Sozialpässe oder ermäßigte Preise für eine
233 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Kulturelle Angebote stehen überwiegend nur der
234 Mittelschicht offen. Offene Treffpunkte, wo man nichts konsumieren muss, sind selten.
235 Selbst bei Volksfesten werden keine Überlegungen angestellt, wie man auch für arme
236 Menschen die Teilhabe schaffen könnte.
237 Besonders betroffen sind die Kinder aus armen Familien. Zwar erhalten Bedürftige Geld
238 aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung, doch diese Zuschüsse decken
239 immer nur einen Teil der anfallenden Kosten für einen Verein oder eine
240 Ferienaktivität.

241 Eine weitere gesellschaftliche Gruppe ist zunehmend von Armut betroffen:

242 Rentner:innen. Alle, die von einer Minirente leben müssen, brauchen
243 Teilhabemöglichkeiten, vom offenen Treffpunkt, über kulturelle Aktivitäten bis zur
244 Möglichkeit, sich ehrenamtlich zu engagieren.

245 Welche Möglichkeiten hat linke Kommunalpolitik?

- 246 • Einen kommunalen Sozialbericht, anhand dessen armutsverringende Maßnahmen
- 247 geplant werden können
- 248 • Anlaufstelle zur Unterstützung bei den Anträgen für Hilfsangebote
- 249 • Forderung nach einem Sozialpass, der Vergünstigungen für den ÖPNV, für die
- 250 Volkshochschule, für die Bibliothek, für Konzerte und Theater, für Volksfeste
- 251 beinhaltet. Aber auch für Strom - besonders wenn das Energieunternehmen noch
- 252 eine Beteiligungs- gesellschaft der Kommune/des Landkreises ist.

- 253 • Eine Weihnachtsbeihilfe für Kinder aus bedürftigen Familien
- 254 • Ausleihe für Musikinstrumente
- 255 • Finanzielle Hilfen für Vereine, die benachteiligte (und auch behinderte) Kinder
- 256 einbeziehen
- 257 • Teilnahme an Ferienspielen zu moderaten Preisen
- 258 • Druck für sozialen Wohnraum, denn Wohnen macht arm

259 **3. Sozialräume schaffen bzw. erhalten**

260 Auch dieses Thema kommt in den meisten kommunalen Gremien nicht vor. Doch birgt es
261 sozialen Zündstoff: Werden auch schwache gesellschaftliche Gruppen, wie finanziell
262 Schlechtgestellte, Rentner:innen, Menschen mit Behinderung, Geflüchtete ins
263 öffentliche Leben einbezogen oder werden sie eher ausgeschlossen? Dazu betrifft das
264 Thema sowohl die gesellschaftliche Teilhabe als auch die
265 Städteplanung/Dorfentwicklung.

266 Sozialräume sind Möglichkeiten zur Erholung, konsumfreie Zonen, Treffpunkte gegen
267 Einsamkeit und für Kommunikation, für gemeinsame Aktivitäten, Kultur,
268 generationsübergreifende Begegnungen, Schutzräume (zum Beispiel Hitzeschutz) uvm.
269 Viele Kommunen haben keine Konzepte für eine Sozialplanung oder - noch schlimmer -
270 sie nehmen die Problematik gar nicht wahr.

271 Für linke Kommunalpolitik ist klar, dass nicht alle Bereiche des Zusammenlebens
272 konsumorientiert sein dürfen. Und nicht alle Flächen müssen bebaut werden.

273 Sozialräume kann man schaffen durch:

- 274 • Plätze, die zum Verweilen einladen
- 275 • Freiflächen innerhalb der Wohngebiete
- 276 • Erhalt von Bürgerhäusern/Dorfgemeinschaftshäusern
- 277 • Treffpunkte ohne Gebühren
- 278 • Veranstaltungen ohne Profitinteresse
- 279 • Generationenübergreifende Aktivitäten

280 **Die Basis stärken**

281 Wollen wir die Welt verändern, kann linke Politik nicht nur parlamentarische Arbeit
282 sein.

283 Es ist immer die konkrete Parteiarbeit vor Ort und mit den Menschen, die uns
284 verankert und erfolgreich gemacht hat - in der Folge dann auch bei Wahlen. Linke
285 Politik ist keine Stellvertreterpolitik. Im Gegenteil! Linke kämpfen zusammen mit den
286 Menschen für Verbesserungen, greifen ihre Themen auf, entwickeln im Austausch
287 Strategien für Veränderungen - bis hin zur Gesellschaftsveränderung weg vom
288 Kapitalismus. Im Gegensatz dazu stützen bürgerliche Parlamente die kapitalistischen
289 Verhältnisse.

290 Warum gehen wir dennoch in die Parlamente?

291 Die Plattform der Parlamente können wir nutzen, um linke Ideen vorstellbar zu machen.
292 Aber natürlich auch, um kleine Verbesserungen durchzusetzen.

293 Linke Politik entsteht an der Basis: In der Parteigruppe, im Bündnis mit anderen
294 gesellschaftlichen Gruppen, beim gemeinsamen „Kampf um den Lohnroschen und die Macht
295 im Staat.“ (Brecht) Wahlwerbung ohne eine Verankerung im Betrieb oder Wohngebiet wird

296 nicht ausreichen, unsere Mandate zu verteidigen.
297 So ist zur Vorbereitung der Kommunalwahlen 2026 die Stärkung der Basis essenziell.
298 Parteigruppen entwickeln zusammen mit den Kandidat:innen die linke Politik von Ort.
299 Parteigruppen setzen die politischen Schwerpunkte, organisieren Aktionen, führen
300 Proteste an, geben Hilfen in sozialen Notlagen, sorgen für politische Bildung und
301 linke Kultur. Das alles ist für einen erfolgreichen Kommunalwahlkampf unverzichtbar.
302 Denn so werden nicht nur die Kandidat:innen unterstützt, sondern auch auch die
303 Wähler:innen mobilisiert, weil es um ihre eigenen Interessen geht.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A12: Keine „Freifahrt“ für Hochrüstung und Kriegstüchtigkeit

Antragsteller*in:	KPF Hessen
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Mit der falschen Behauptung, nur der Ausbau von Kriegstüchtigkeit und
2 Verteidigungsbereitschaft könne den Frieden in Europa retten, wird die
3 ressourcenverschlingende Kriegsvorbereitung auch in der BRD schrittweise
4 durchgesetzt. Diplomatie und Deeskalation werden nicht forciert. Dabei werden im
5 Schlepptau der USA und der NATO-Führung aber bewusst die Interessen der international
6 agierenden deutschen Konzerne, natürlich auch die der nationalen Rüstungsindustrie,
7 gefördert. Profitable Rüstungsproduktion, Waffenexporte und Auslandseinsätze lassen
8 weltweit die Opferzahlen ansteigen. Die Gefahren für die hessische Bevölkerung
9 wachsen zudem mit Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen, für die eine
10 Kommandozentrale bei Wiesbaden eingerichtet wird. Damit soll die ökonomische
11 Vormachtstellung in EU-Europa weiter ausgebaut werden. Unter anderem die in Waffen
12 geradezu vernarrte US-Elite bringt die BRD für ihre weltweiten ökonomischen
13 Interessen in vorderster Front in Stellung. Im Inneren wird auf allen Ebenen die
14 Militarisierung stark vorangetrieben, auch durch Aufhebung der Trennung von rein
15 zivilen und militärischen Aktivitäten. Sicher nachhaltige und soziale Politik dient
16 dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein teurer Ausbau der Kriegstüchtigkeit ist ein
17 Weg in eine Weltkatastrophe.

18 Für die hessische Partei DIE.LINKE folgt daraus:

- 19 1. Ein Weiter so darf keine adäquate Antwort in dieser Zeit der Gefahr eines 3.
20 Weltkriegs sein.
- 21 2. Notwendig ist ein Aufruf zur Teilnahme und der Einsatz aller möglichen Mittel,
22 um eine breite Teilnahme hessischer Parteimitglieder an der zentralen
23 Demonstration „Nie wieder Krieg“ am 3.10.2024 in Berlin zu ermöglichen.
- 24 3. Verhinderung auf kommunaler und Landesebene von Verlagerung finanzieller Mittel
25 aus dem sozialen Bereich in die Rüstungskostenspirale
- 26 4. Unterstützung aller Aktionen gegen die Einrichtung/Aufrechterhaltung des

- 27 zentralen Einsatzkommandos zur Koordinierung von mobil in Westdeutschland
28 aufgestellten Mittelstreckenraketen der Ukrainehilfe, die im räumlichen
29 Zusammenhang mit der US-Base Erbenheim stehen.
- 30 5. Aufforderung an die hessischen Delegierten des Bundesparteitags in Halle, alle
31 Anträge zur Unterstützung der friedenspolitischen Grundsätze des Erfurter
32 Programms zu unterstützen.
- 33 6. Auch DIE LINKE in Hessen wird offensiv gegen ungerechtfertigte Repressionen
34 systemkritischer Bewegungen vorgehen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A13: Solidarität geht nur international: Entschieden gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus - für Frieden und Meinungsfreiheit!

Antragsteller*in:	Elida Danger (KV Kassel Stadt), Wolfgang Lörcher (KV Fulda), Gabi Faulhaber (KV Wetterau), Yusuf Karaaslan (KV Marburg-Biedenkopf), und 31 weitere
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 1. Die Linke Hessen verurteilt den andauernden Krieg gegen die palästinensische
2 Zivilbevölkerung, bei welchem die Vereinten Nationen die Gefahr genozidaler
3 Handlungen sehen. Ebenso verurteilt der Landesverband die fortwährende Besatzung auf
4 dem Gebiet der sog. Westbank und alle dort entstandenen illegalen Siedlungen.
- 5 2. Die Linke Hessen steht ein für ein sofortiges Ende aller Waffenlieferungen an den
6 israelischen Staat. Stattdessen fordert Die Linke Hessen die Bundesregierung auf,
7 sich für einen gerechten und nachhaltigen Frieden in der Region sowie für eine
8 sofortige Waffenruhe einzusetzen.
- 9 3. Die Linke Hessen fordert die Bundesregierung auf, Hilfszahlungen in einer
10 angemessenen Höhe an Organisationen zu leisten, welche trotz der Gefahr im Gazastreifen
11 Humanitäre Hilfe leisten.
- 12 4. Die Linke Hessen erkennt den zunehmenden antimuslimischen Rassismus und
13 Antisemitismus in Deutschland an und verurteilt dies aufs Schärfste. Der
14 Landesverband solidarisiert sich mit allen Betroffenen, welche aktuell in Angst leben
15 müssen und Opfer von verbaler und physischer Gewalt wurden.
- 16 5. Die Linke Hessen unterstützt friedliche Demonstrationen und Veranstaltungen für
17 einen gerechten Frieden im Nahen Osten und kritisiert die Tendenz, Menschen, die sich
18 für die Rechte der Palästinenser*innen einsetzen, pauschal des Antisemitismus zu
19 verdächtigen und sie in ihrer Meinungs- und Versammlungsfreiheit einzuschränken.
20 Menschen müssen Kriegsverbrechen und faschistische Tendenzen benennen und kritisieren
21 können, ohne Angst vor staatlicher Repression zu haben.

Begründung

Der anhaltende Konflikt, insbesondere die humanitäre Krise im Gazastreifen und die fortdauernde Besatzung der Westbank, stellt eine ernsthafte Bedrohung für das Leben und die Rechte der Zivilbevölkerung dar.

Er hat nicht nur zu massiven Verlusten von Menschenleben geführt, sondern auch zu einer harten Verschärfung der ohnehin schon schlechten Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung, insbesondere durch die Blockade des Gazastreifens und die Ausweitung illegaler Siedlungen in der Westbank. Die Berichte der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen weisen auf eine alarmierende Eskalation der Gewalt hin, die teils genozidale Züge annimmt.

Als Partei, die sich für Menschenrechte, Frieden und Gerechtigkeit einsetzt, hat DIE LINKE Hessen die moralische Verpflichtung, Stellung zu beziehen und ihre Solidarität mit allen Opfern dieses Konflikts zu zeigen. Die Menschenrechtsverbrechen an den Palästinenser*innen und die Besatzung durch den israelischen Staat widersprechen grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts und der Menschenwürde.

Waffenlieferungen an Konfliktparteien tragen nur zur Verlängerung und Eskalation von Gewalt bei. Statt weiterer militärischer Unterstützung sollten diplomatische und friedliche Lösungsansätze Priorität haben, um das Leiden der Menschen vor Ort zu lindern und den Weg für Frieden zu ebnen, sowie eine Grundlage für langfristige Stabilität zu schaffen.

Internationale Solidarität ist entscheidend, um den Weg zu einem gerechten Frieden in der Region zu ebnen und die Menschenrechte zu schützen.

In den letzten Monaten haben wir eine besorgniserregende Tendenz beobachtet, bei der friedliche Demonstrationen und Veranstaltungen, die sich für die Rechte der Palästinenser*innen einsetzen, immer wieder mit dem Vorwurf des Antisemitismus konfrontiert werden. Geradezu hetzerisch wurde in letzter Zeit von deutschen Medien über propalästinensische Demonstrationen und Veranstaltungen berichtet und Teilnehmer*innen als gewalttätige, islamistische Antisemit*innen dargestellt.

Wir erkennen an, dass Jüdinnen*Juden mit einem Anstieg von Antisemitismus zu kämpfen haben. Diese pauschalen Verdächtigungen aber gefährden nicht nur die demokratischen Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit, sowie den offenen Dialog und die notwendige kritische Auseinandersetzung mit dem Konflikt, sondern schwächen auch den Antisemitismus-Begriff als solchen ab, indem rechtsextreme Antisemiten sich nur israelsolidarisch zeigen müssen, um von jedem Vorwurf des Antisemitismus befreit zu sein, während Greta Thunbergs Kuscheltier-Oktopus als genügender Beweis für ihre antisemitische Haltung galt.

Die Kritik an politischen Maßnahmen oder Menschenrechtsverletzungen darf nicht mit Antisemitismus gleichgesetzt werden darf. Wir stehen dafür ein, dass Menschen das Recht haben müssen, sich ohne Angst vor Repressionen zu äußern und sich für einen gerechten Frieden im Nahen Osten einzusetzen.

Der zunehmende antimuslimische Rassismus und Antisemitismus in Deutschland stellt eine ernsthafte Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Rechte von diskriminierten Minderheiten dar. Kritik an propalästinensischen Demonstrationen und Veranstaltungen rechtfertigt keinen antimuslimischen Rassismus und Gewalt gegen Muslim*innen; genauso wie Kritik an Israel keinen Antisemitismus und Gewalt gegen Jüdinnen*Juden rechtfertigt.

Uns ist klar, dass wir uns klar gegen jede Form von Diskriminierung stellen und unsere Solidarität mit den Betroffenen bekunden.

Unterstützer*innen: Linksjugend Basisgruppen Frankfurt, Fulda, Gießen, Kassel, MKK, Offenbach, Wiesbaden; KV Fulda, KV Wetterau, SDS Hessen

Antrag A14: Unterstützung der Petition »Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!

Antragsteller*in:	Martina van Holst (KV Frankfurt am Main), Luca Hemmerich (KV Frankfurt am Main), Britta Brandau (KV Frankfurt am Main), Niklas Barth (KV Frankfurt am Main), Lara Scheunemann (KV Frankfurt am Main), und 23 Weitere
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 DIE LINKE.Hessen unterstützt die Petition »Für einen gerechten Frieden in Gaza.
- 2 Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!«, die von namenhaften NGOs initiiert
- 3 wurde wie CARE Deutschland e.V., IPPNW Deutschland, medico international, NRC
- 4 Flüchtlingshilfe Deutschland, Oxfam Deutschland e.V., pax christi, Deutsche Sektion
- 5 e.V., Weltfriedensdienst e.V.
- 6 Sie informiert ihr Mitglieder über die Möglichkeiten der Sammlung von Unterschriften
- 7 und fordert sie auf, sich aktiv daran zu beteiligen.

Begründung

Die Petition der genannten NGOs ist bisher eine der wichtigsten zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen die deutsche Unterstützung der israelischen Kriegsführung und Vertreibung in Gaza. Sie hilft, die Bundesregierung wegen ihrer Unterstützung des Krieges unter Druck zu setzen, in dem sie fordert:

1. sich entschiedener für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen und den Schutz der Zivilbevölkerung einzufordern;
2. alle Genehmigungen für den Export von Rüstungsgütern zu verweigern, wenn die Gefahr besteht, dass sie völkerrechtswidrig eingesetzt werden;
3. von Israel mit deutlich mehr Druck die sofortige Beendigung der völkerrechtswidrigen Blockade und den ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe einzufordern;
4. wirksame Maßnahmen zu ergreifen, damit der völkerrechtswidrige Siedlungsbau durch Israel sowie Gewaltakte von Siedler:innen beendet werden;
5. im Sinne des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024 die schnellstmögliche Beendigung der völkerrechtswidrigen Besatzung einzufordern;
6. die internationale Gerichtsbarkeit und die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen aktiv zu unterstützen;
7. sich für die Freilassung aller Geiseln und unrechtmäßig Festgehaltenen einzusetzen;
8. das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu schützen und die Kriminalisierung von grundgesetzlich geschützten Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit Palästina/Israel zu beenden.

Darüber hinaus erklären die Initiator:innen:

Im aktuellen Krieg sind über 40.000 Menschen in Palästina und über 1.200 Menschen in Israel getötet worden. Hinzu kommen mindestens 92.000 Verwundete und unzählige Vermisste sowie eine tiefe Traumatisierung. Diese Gewalteskalation muss gestoppt werden. Insbesondere die Zivilbevölkerung in Gaza leidet unter der katastrophalen Situation, verursacht durch die wiederholte Vertreibung von fast

zwei Millionen Menschen in ihrem eigenen Land, die Blockade von humanitärer Hilfe, die Sperrung der Strom- und Wasserversorgung sowie ein massives Ausmaß an Zerstörung. Die UN spricht von einer Hungersnot und einem medizinischen Notstand. Die Situation in Gaza ist keine Folge einer Naturkatastrophe, sondern von willkürlicher Gewalt und gezielter Blockade. Die politische Reaktion der Bundesregierung auf diese Situation muss sich grundlegend ändern.

Quelle: <https://www.openpetition.de/petition/online/fuer-einen-gerechten-frieden-in-gaza-waffenexporte-stoppen-hilfsblockade-beenden>

Antrag S1: Schlichtungsstelle - Einfügung eines neuen § 39 in die Landessatzung

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 § 39 Schlichtungsstelle

2 (1) Die Schlichtungsstelle ist eine Schlichtungskommission im Sinne § 6
3 Schiedsordnung. Sie dient der gütlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen
4 Mitgliedern, Mandatsträger*innen oder Organen des Landesverbandes. Sie besteht aus
5 Mitgliedern, Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei DIE LINKE, die als aus-
6 oder fortgebildete Mediatorinnen oder Mediatoren die Landesschiedskommission in ihrer
7 Arbeit ehrenamtlich unterstützen. Sie werden durch den Landesvorstand berufen bzw.
8 abberufen.

9 (2) Die Landesschiedskommission kann an sie herangetragene Fälle bei Zustimmung der
10 Konfliktparteien an die Mediationsstelle weitergeben. Streitfälle in der Partei Die
11 Linke Hessen können auch direkt bei der Schlichtungsstelle vorgebracht werden.

12 (3) Während der Dauer der Schlichtung darf kein Schiedsverfahren in gleicher Sache
13 eingeleitet werden. Ist ein Schiedsverfahren bereits anhängig, ruht das Verfahren
14 für die Dauer der Schlichtung.

15 (4) Bei einer erfolgreichen Schlichtung erklärt die Landesschiedskommission auf
16 Antrag der Schlichtungsstelle das ruhende Schiedsverfahren als erledigt. Scheitert
17 die Mediation, bleiben die Rechte der Konfliktparteien einschließlich der Anrufung
18 der Landesschiedskommission bzw. die Fortführung des Verfahrens vor der
19 Landesschiedskommission vollumfänglich gewahrt.

20 (5) Sofern ein Mitglied der Landesschiedskommission bei einem Schlichtungsverfahren
21 als Mediator*in tätig war, wird aufgrund möglicher Befangenheit nach § 11
22 Schiedsordnung der Partei Die Linke die Fortführung des Verfahrens nach Absatz 4 Satz
23 2 ohne dessen Mitwirkung durchgeführt.

24 (6) Bei Bedarf können zudem auf Beschluss des Landesvorstandes externe Mediatorinnen
25 oder Mediatoren eingesetzt werden.

26 **§ 40 Schlussbestimmungen**

27 (1) Änderungen dieser Satzung müssen vom Landesparteitag mit einer satzungsändernden
28 Mehrheit beschlossen werden.

29 (2) Diese Landessatzung wurde am 24. August 2007 auf dem Gründungsparteitag der
30 Partei DIE LINKE. HESSEN angenommen und vom 1. Landesparteitag 2008, vom 4.
31 Landesparteitag 2011, vom 10. Landesparteitag 2017, vom Landesparteitag 2021, vom 14.
32 Landesparteitag 2022 sowie vom 16. Landesparteitag 2024 geändert.

Begründung

Der Landesvorstand macht sich hiermit den Vorschlag der Schlichtungsgruppe zu eigen, um eine Abgrenzung der Funktionen der Schlichtungsstelle und der Schiedskommission sowie klare Verfahrensweisen vorzugeben.

Hinweis auf Landessatzung Thüringen 2021

§ 39 Mediationsstelle

(1) Die Mediationsstelle ist eine Schlichtungskommission im Sinne § 6 Schiedsordnung. Sie dient der gütlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen Mitgliedern, Mandatsträger/innen oder Organen des Landesverbandes. Sie besteht aus Mitgliedern, Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei DIE LINKE, die als ausgebildete Mediatorinnen oder Mediatoren die Landesschiedskommission in ihrer Arbeit ehrenamtlich unterstützen. Sie werden durch den Landesvorstand berufen bzw. abberufen.

(2) Die Landesschiedskommission kann an sie herangetragene Fälle bei Zustimmung der Konfliktparteien an die Mediationsstelle weitergeben. Streitfälle in der Partei DIE LINKE. Thüringen können auch direkt bei der Mediationsstelle vorgebracht werden.

(3) Während der Dauer der Mediation darf kein Schiedsverfahren in gleicher Sache eingeleitet werden. Ist ein Schiedsverfahren bereits anhängig, ruht das Verfahren für die Dauer der Mediation.

(4) Bei einer erfolgreichen Mediation erklärt die Landesschiedskommission auf Antrag der Mediationsstelle das ruhende Schiedsverfahren als erledigt. Scheitert die Mediation, bleiben die Rechte der Konfliktparteien einschließlich der Anrufung der Landesschiedskommission bzw. die Fortführung des Verfahrens vor der Landesschiedskommission vollumfänglich gewahrt.

(5) Sofern ein Mitglied der Landesschiedskommission bei einem Mediationsverfahren als Mediator/in tätig war, wird aufgrund möglicher Befangenheit nach § 11 Schiedsordnung der Partei DIE LINKE die Fortführung des Verfahrens nach Absatz 4 Satz 2 ohne dessen Mitwirkung durchgeführt.

(6) Bei Bedarf können zudem auf Beschluss des Landesvorstandes externe Mediatorinnen oder Mediatoren eingesetzt werden.

Antrag S2: Jugendpolitischer Sprecher / Jugendpolitische Sprecherin in §20 der Satzung einfügen

Antragsteller*in:	Elida Danger (KV Kassel Stadt), Christiane Böhm (KV Groß Gerau), Jakob Migenda (KV Darmstadt), Elisabeth Kula, Violetta Bock (KV Kassel Stadt), und 35 Weitere
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 § 20 Zusammensetzung und Wahl des Landesvorstandes

2 (1) Der Landesvorstand besteht aus insgesamt 19 vom Landesparteitag zu wählenden
3 Mitgliedern, darunter die Mitglieder des Geschäftsführenden Landesvorstandes und die

- 4 Jugendpolitische Sprecherin / der Jugendpolitische Sprecher.
- 5 (2) Der Geschäftsführende Landesvorstand besteht aus 8 Mitgliedern, darunter
- 6 a) zwei Landesvorsitzende
- 7 b) zwei stellvertretende Landesvorsitzende
- 8 c) eine Landesschatzmeisterin oder ein Landesschatzmeister,
- 9 (3) Kreisverbände, die nicht durch eine vom Landesparteitag gewähltes Mitglied im
- 10 Landesvorstand vertreten sind, können für dieses Gremium ein beratendes Mitglied
- 11 benennen. Gleiches gilt für den Jugendverband der Partei.
- 12 (4) Der Landesvorstand wird in der Regel in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt. Hat
- 13 in einem Kalenderjahr keine Wahl des Landesvorstandes stattgefunden, muss diese
- 14 spätestens auf einem ordentlichen Parteitag im darauffolgenden Kalenderjahr
- 15 stattfinden.
- 16 (5) Eine Neuwahl des Landesvorstandes oder eventuelle Nachwahlen finden auf Beschluss
- 17 des Landesparteitages statt.
- 18 (6) Dem Landesvorstand gehören zwei hessische Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im
- 19 Deutschen Bundestag und zwei Vertreter der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag
- 20 mit beratender Stimme an.
- 21 (7) Der Landesparteitag kann weitere Mitglieder mit beratender Stimme bestimmen.
- 22 (8) Dem Landesvorstand gehören mit Stimmrecht ein Mitglied des Jugendverbandes als
- 23 jugendpolitische Sprecherin / jugendpolitischer Sprecher an. Der Jugendverband macht
- 24 dafür einen Wahlvorschlag. Die Wahl der jugendpolitischen Sprecherin / des
- 25 jugendpolitischen Sprechers erfolgt in einem eigenen Wahlgang.

Begründung

In den letzten Jahren war die Vernetzung und Kommunikation zwischen Partei und linksjugend eher mäßig.

Als Jugendverband müssen wir die Verantwortung dafür in großen Teilen bei uns selbst und bei den vergangenen Landessprecher*innenräten suchen, die in den letzten Jahren durch ihre Positionen und Handlungen nicht die Mehrheit des Landesverbands vertreten haben. Dies führte dazu, dass wichtige jugendpolitische Anliegen ungehört blieben und die junge Generation sich nicht ausreichend in den politischen Entscheidungsprozessen der Partei wiederfand.

In den letzten zwölf Monaten hat sich dies grundlegend geändert. Die Basisgruppen der linksjugend haben sich wieder stärker vernetzt und organisiert. Diese neue Dynamik zeigt sich in einer verstärkten Präsenz bei gegenseitigen Veranstaltungen und einem aktiven Engagement der Jugend in der Partei. Wir sind wieder da - und es ist an der Zeit, diese neue Stärke und den Willen zur Mitgestaltung zu festigen.

Unser Antrag ist daher nicht nur eine strukturelle Anpassung, sondern auch ein Ausdruck des neuen Selbstbewusstseins und der wiedergewonnenen Stärke des Jugendverbandes. Es ist ein Zeichen dafür, dass wir bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und DIE LINKE Hessen gemeinsam und solidarisch mit unseren Parteigenoss*innen in eine erfolgreiche Zukunft zu führen.

Mit der Einführung der Position einer jugendpolitischen Sprecherin / eines jugendpolitischen Sprechers im Landesvorstand wird die Beteiligung unserer junger Mitglieder institutionell verankert - ein längst überfälliger Schritt. Nicht nur, weil es diese Position bereits im Bundes- und 14

Landesverbänden der LINKEN gibt, sondern auch, weil so sichergestellt wird, dass die Perspektiven der Jugend kontinuierlich in die strategischen und politischen Entscheidungen der Partei einfließen. Junge Menschen bringen frische Ideen, innovative Lösungsansätze und eine besondere Sensibilität für Zukunftsthemen wie Klimagerechtigkeit, Digitalisierung und soziale Inklusion mit.

Eine Partei, die jungen Menschen echte Mitgestaltungsmöglichkeiten bietet, wird automatisch attraktiver für die jüngere Generation. Eine jugendpolitische Sprecherin / ein jugendpolitischer Sprecher im Landesvorstand sendet ein starkes Signal an die Jugend, dass ihre Anliegen und ihr Engagement in der Partei nicht nur willkommen sind, sondern auch aktiv unterstützt werden. Das zeigt, dass die DIE LINKE Hessen bereit ist, ihre Strukturen weiterzuentwickeln und junge Menschen in die Verantwortung zu nehmen. Umso wichtiger in einer Zeit, in der viele junge Menschen sich nach politischer Teilhabe und Mitbestimmung sehnen, kann die Partei durch diese Veränderung deutlich machen, dass sie ein verlässlicher Partner für die junge Generation ist und unsere Anliegen ernst nimmt. Das ist auch wichtig im Hinblick darauf, dass junge Menschen unser größtes Wähler*innenpotenzial ausmachen.

Die linksjugend erhält die Möglichkeit, einen eigenen Wahlvorschlag zu machen, was unsere Rolle als eigenständige Kraft innerhalb der Partei unterstreicht und gewährleistet, dass die jugendpolitischen Interessen vertreten und nicht von den allgemeinen parteipolitischen Dynamiken überlagert werden.

Im Vorfeld dieses Antrags haben wir uns überlegt, wie genau wir uns die Aufgaben und die Arbeit einer jugendpolitischen Sprecherin / eines jugendpolitischen Sprechers vorstellen. Dafür haben wir aktiv den Kontakt zu den jugendpolitischen Sprecher*innen der anderen Landesverbände gesucht, mit ihnen über ihre Arbeit geredet und uns Gedanken gemacht, wie diese Position sowohl uns als Jugendverband als auch der Partei in ihrer Arbeit helfen kann.

Die jugendpolitische Sprecherin / der jugendpolitische Sprecher:

- Arbeitet konstruktiv im Landesvorstand mit
- Nimmt aktiv an den Entscheidungsprozessen im Landesvorstand teil, insbesondere in Bezug auf Themen, die die junge Generation betreffen, und stellt sicher, dass jugendrelevante Themen berücksichtigt werden
- Kümmert sich um die jugend betreffende Themen wie z. B. (Aus-)Bildung, Jugendarmut, Klimaschutz, Wohnen, Studium etc.
- Ist Ansprechpartner*in für junge Menschen in und außerhalb der Partei
- Ist Bindeglied zwischen Landesvorstand und Jugend- und Studierendenverband und sorgt für eine enge(re) Zusammenarbeit und Kommunikation
- Übernimmt die Verantwortung für Interviews, Podiumsdiskussionen und Pressemitteilungen, die sich mit jugendrelevanten Themen beschäftigen und repräsentiert die Partei in der Öffentlichkeit zu jugendpolitischen Fragen
- Baut Netzwerke zu anderen Jugend-, Schüler*innen- und Studierendenorganisationen und von jugendlichen getragenen sozialen und gesellschaftlichen Bewegungen auf und
- Vernetzt sich mit den AG der Linken und der Linksjugend auf Bundes- und Landesebene, die sich mit jugendrelevanten Themen beschäftigen
- Entwickelt eine Strategie, zur besseren Einbindung unserer jüngeren Genoss*innen in die Parteiarbeit und klärt, welche Bedürfnisse, Erwartungen und Barrieren es gibt
- Bringt frischen Wind in alte Strukturen

Weitere Unterstützende ohne Antragsrecht an den 16. Landesparteitag:

Linksjugend Basisgruppen Frankfurt, Fulda, Gießen, Kassel, MKK, Offenbach, Wiesbaden; KV Fulda, SDS
Hessen